

AKADEMISCHE REDEFREIHEIT

Kurzbericht zu einer empirischen Studie
an deutschen Hochschulen

INHALT

Einleitung	3
Methoden	6
Einschätzungen zum Zustand des Wissenschaftssystems	8
Erwartungen von und Erfahrungen mit Einschränkungen akademischer Redefreiheit	10
Hochschulen als Diskursraum: Grenzen und Regeln akademischer Redefreiheit	24
Fazit	32

Impressum

ZEIT-Stiftung
Ebelin und Gerd Bucerius
Feldbrunnenstraße 56
20148 Hamburg
post@zeit-stiftung.de
+49 40 413366
www.zeit-stiftung.de

Verantwortlich im Sinne des
Pressegesetzes:
Dr. Anna Hofmann
Bereichsleiterin
Wissenschaft & Forschung

Text

Gregor Fabian
(Deutsches Zentrum für Hochschul-
und Wissenschaftsforschung, Berlin)
Prof.in Dr. Mirjam Fischer
(Humboldt-Universität zu Berlin und
Goethe-Universität Frankfurt/Main)
Prof. Dr. Julian Hamann
(Humboldt-Universität zu Berlin)
Dr. Anna Hofmann
(ZEIT STIFTUNG BUCERIUS)
Matthias Koch
(ZEIT STIFTUNG BUCERIUS)
Prof. em. Dr. Uwe Schimank
(Universität Bremen)
Prof.in Dr. Christiane Thompson
(Goethe-Universität Frankfurt/Main)
Prof. Dr. Richard Traunmüller
(Universität Mannheim)
Prof.in Dr. Paula-Irene Villa
(Ludwig-Maximilians-Universität
München)

Grafiken

Prof.in Dr. Mirjam Fischer
(Humboldt-Universität zu Berlin und
Goethe-Universität Frankfurt/Main)
Prof. Dr. Richard Traunmüller
(Universität Mannheim)

Lektorat

Ebba Schröder

Gestaltung

www.frau-albrecht.com

© Oktober 2024

ZEIT
STIFTUNG
BUCERIUS

DZHW
Deutsches Zentrum für
Hochschul- und Wissenschaftsforschung

EINLEITUNG

Worum geht es?

Wie steht es um die Freiheit der Lehre und Forschung in Deutschland? Der vorliegende Kurzreport gibt einen ersten Überblick über die Ergebnisse einer aktuellen Studie zu diesem viel diskutierten Thema. Es handelt sich um die erste repräsentative Studie zum Stand der akademischen Redefreiheit an deutschen Hochschulen. Befragt wurden Hochschulbeschäftigte der Statusgruppen Doktorand:innen, Postdoktorand:innen und Professor:innen. Die Studie fragt ab, welche Erfahrungen die Befragten mit Einschränkungen ihrer Freiheit in Forschung und Lehre oder der Freiheit anderer in ihrem akademischen Umfeld gemacht haben bzw. ob sie solche Einschränkungen erwarten, wenn sie selbst oder andere ihre wissenschaftliche Arbeit nach ihren Vorstellungen gestalten. Die Studie erfragt außerdem, welche Grenzen Wissenschaftler:innen selbst ziehen und welchen Umgang mit Streitfällen und kontroversen Themen sie für angemessen halten.

Hintergrund: Die emotionale Debatte um Wissenschaftsfreiheit in Deutschland

In den vergangenen Jahren ist der öffentliche Diskurs um Wissenschaftsfreiheit stark von einzelnen öffentlichkeitswirksamen Streitfällen sowie von Impulsen aus dem US-amerikanischen Kontext bestimmt gewesen. Dies schließt die Debatte um eine sogenannte „Cancel Culture“ ein. Sie geht von – sich möglicherweise häufenden oder systematisch stattfindenden – Einschränkungen oder Ausschlüssen bestimmter, als politisch oder moralisch problematisch empfundener Positionen aus dem wissenschaftlichen Diskurs aus. Seit einiger Zeit wird die Cancel-Culture-Debatte in Gesellschaft und Wissenschaft – und in besonderer Weise auch in den Medien – teils sehr emotional und politisch aufgeladen geführt.

Ein wichtiges Ziel der vorliegenden Befragung ist, über den Status anekdotischer Evidenz, d.h. die Diskussion einzelner Fälle, hinaus zu gelangen. Stattdessen ermittelt sie empirisch fundiert, ob und wenn ja, in welchen Bereichen Wissenschaftler:innen an deutschen Hochschulen mit Promotionsberechtigung in ihrer Forschung und Lehre von Einschränkungen betroffen sind. Die Erkenntnisse der Studie zum kommunikativen Umgang mit kontroversen Themen sollen innerhalb und außerhalb der Wissenschaft als Orientierungshilfe dienen und – gegen die Tendenz einer zunehmenden Polarisierung – zu einer Versachlichung beitragen.

Die Ergebnisse dieser Studie sollen die andauernden Auseinandersetzungen um Wissenschaftsfreiheit bereichern. Wissenschaft basiert auf Pluralität von Perspektiven und Methoden – und ist in diesen Hinsichten selbstreflexiv. Wissenschaft befragt sich selbst, so auch hinsichtlich der Frage, wie wissenschaftliches Wissen beschaffen ist.

So konkret wie möglich:

Akademische Redefreiheit als Leitbegriff der Studie

Es gibt gute Gründe, nach der Verfassung der Wissenschaft und der Hochschulen zu fragen und dabei sowohl politische Polemik und unterkomplexe Vereinfachungen zu vermeiden als auch über im engeren Sinne juristische Verständnisse von Wissenschaftsfreiheit hinauszugehen. Um der damit umrissenen Problemstellung Rechnung zu tragen, haben die Verantwortlichen dieser Studie nach konkreten Ereignissen, Akteur:innen, Kontexten und Handlungsoptionen gefragt.

Das Konzept der akademischen Redefreiheit bezieht Praktiken der Auseinandersetzung, der Kritik und der Streitbarkeit ein, welche die Universität seit Jahrhunderten kennzeichnen.

Der Leitbegriff der Studie trifft genau diese konkrete Ebene: Wir verwenden den Begriff der akademischen Redefreiheit, um an die konkreten Praxen und Formen des akademischen Austauschs in Forschung und Lehre heranzukommen (und nicht etwa zu ermitteln, ob Wissenschaftler:innen die rechtlichen Grundlagen der Wissenschaftsfreiheit kennen). Der Begriff zielt demnach darauf, wie Personen unterschiedlicher fachlicher Ausrichtung, aus verschiedenen Statusgruppen und unterschiedlichen Geschlechts ihre Gestaltungsräume in Forschung und Lehre an der Universität einschätzen. Das Konzept der akademischen Redefreiheit betont Praxis, Umsetzung und Gestaltung. Es fokussiert die Rede im akademischen Kontext und bezieht – angesichts akademischer Formen und Routinen – Praktiken der Auseinandersetzung, der Kritik und der Streitbarkeit ein, welche die Universität seit Jahrhunderten kennzeichnen. Das Konzept der akademischen Redefreiheit hat eine verständigungsorientierte Komponente: Es ist auf eine Reflexion bestehender Erfahrungen und Wahrnehmungen angelegt, um einer freien und verantwortungsvollen Wissenschaft den Weg zu bahnen.

Vielfältige Perspektiven und Expertisen: Die Urheber:innen der Studie

Die Studie ist – ebenso wie dieser Kurzreport, der sie vorstellt – das Ergebnis einer Zusammenarbeit mehrerer Akteur:innen. Dazu zählt in erster Linie eine Gruppe von Wissenschaftler:innen: Gregor Fabian (DZHW, Berlin), Prof.in Dr. Mirjam Fischer (Humboldt-Universität zu Berlin und Goethe-Universität Frankfurt/Main), Prof. Dr. Julian Hamann (Humboldt-Universität zu Berlin), Prof. em. Dr. Uwe Schimank (Universität Bremen), Prof.in Dr. Christiane Thompson (Goethe-Universität Frankfurt/Main), Prof. Dr. Richard Traunmüller (Universität Mannheim) und Prof.in Dr. Paula-Irene Villa (Ludwig-Maximilians-Universität München) sowie Dr. Anna Hofmann und Matthias Koch von der ZEIT STIFTUNG BUCERIUS. Außerdem wurde die Studie durch die journalistische Expertise von drei Redakteur:innen der Wochenzeitung DIE ZEIT begleitet: Anant Agarwala, Dr. Anna-Lena Scholz und Martin Spiewak.

Alle beteiligten Akteur:innen haben über einen Zeitraum von anderthalb Jahren über das Erkenntnisinteresse, die Methodik, die Konzipierung des Fragebogens und die inhaltliche Auswertung diskutiert. Die Vielfalt wissenschaftlicher Perspektiven und Expertisen der beteiligten Wissenschaftler:innen hat sich in diesem Prozess als sehr produktiv erwiesen. Der vorliegende Kurzreport wurde von den beteiligten Wissenschaftler:innen gemeinsam verfasst. Die journalistische Berichterstattung erfolgt ihrerseits unabhängig.

Die Studie wurde umgesetzt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW). Die ZEIT STIFTUNG BUCERIUS hat sie ermöglicht. Für die Stiftung stellen die Auseinandersetzung mit dem Stand der Wissenschaftsfreiheit und der Schutz dieser Freiheit zentrale Anliegen dar. Sie setzt sich in Wissenschaft, Kultur, Bildung, Politik, Gesellschaft oder Medien für eine offene, aktive Zivilgesellschaft ein und unterstützt deswegen Streitkultur – gerade auch an den Stellen, an denen es Spannungen oder Umbrüche gibt.

Betrachtet wird die allgemeine Situation der Hochschulen – nicht tagesaktuelle Ereignisse

Der Fragebogen berücksichtigte einerseits Themen, die sich bis dato an Hochschulen bereits als kontrovers gezeigt haben oder die in der öffentlichen Berichterstattung im Zuge der „Cancel Culture“ eine hohe Präsenz haben. Andererseits enthält die Befragung Themen, die zwar sachlogisch für Fragen der Wissenschaftsfreiheit naheliegen, aber im öffentlichen Diskurs derzeit nicht mit diesem Problembereich in Verbindung gebracht werden, z. B. das Verbot des Klonens menschlicher Embryonen oder Rüstungsforschung. Es ist ein Ausweis der Dynamik des Themas, dass es während der Befragung zu weiteren Ereignissen gekommen ist, im Rahmen derer die Freiheit von Forschung und Lehre diskutiert wurde. Dazu gehören Maßnahmen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Prüfung des Entzugs von Fördermitteln sowie verschiedene Reaktionen auf den Konflikt zwischen Israel und Palästina. Die Befragung ist explizit nicht an diesen tagesaktuellen Ereignissen orientiert gewesen, sondern richtete sich auf die allgemeine Situation der Hochschulen, die von sehr unterschiedlichen strukturellen, organisationalen und kulturellen Aspekten bestimmt wird. Unser Fragebogen enthält auch Fragen zum Nahostkonflikt, deren sorgfältige Aufbereitung jedoch mehr Zeit erfordert, als für diesen Kurzreport gegeben war. Ein längerer Report wird die Themen dieser Befragung und die daraus gewonnenen Daten eingehender untersuchen.

Inhalte des Kurzreports

Nach einer kurzen Darstellung der Methoden geht es in Kapitel 3 um die Frage, wie die Befragten den allgemeinen Zustand des deutschen Wissenschaftssystems im Hinblick auf Autonomie und Forschungsfreiheit einschätzen. Daran schließt sich die Frage an, wie es um eigene Erfahrungen und Erwartungen zur Freiheit von Forschung und Lehre steht. Diesem Themenkomplex ist Kapitel 4 gewidmet. Kapitel 5 abstrahiert dann von den subjektiven Erwartungen und Erfahrungen und widmet sich der Frage, welche Regeln und Grenzen die Befragten in der Hochschule als Raum für kontroverse Diskussionen, die auch politische Themenstellungen betreffen, für notwendig halten.

METHODEN

Die Wissenschaftsfreiheit läuft dann Gefahr, eingeschränkt zu werden, wenn die freie Gestaltung von Lehre und Forschung durch moralische Abwertung der Arbeit oder durch mögliche berufliche Probleme bedroht ist. Wenn bestimmte Themen oder Texte in Lehrveranstaltungen (nicht mehr) eingesetzt werden, weil sonst negative Folgen befürchtet werden oder aus Furcht vor negativen Folgen bestimmte Forschungsmethoden oder -themen nicht behandelt werden. Unstrittig ist, dass Wissenschaftler:innen in Deutschland diffamiert, bedroht und eingeschüchtert werden – wobei nicht alle Fälle zu öffentlichkeitswirksamen Aufhängern für Debatten über Wissenschaftsfreiheit avancieren. Bisher ist aber offen, in welchem Ausmaß diese Einschränkungen vorkommen und ob sie ein strukturelles Problem an deutschen Hochschulen darstellen.

Datenerhebung, Stichprobe und Gewichtung

Um dieser Frage empirisch nachzugehen, wurde eine Zufallsstichprobe von Wissenschaftler:innen gezogen, die hauptberuflich an promotionsberechtigten Hochschulen beschäftigt sind. Dafür wurden Kontaktdaten aller Statusgruppen und Fachbereiche auf den Webseiten von insgesamt 158 Hochschulen recherchiert. Die Grundgesamtheit beläuft sich auf 161.935 Personen, von denen 54.690 in die bereinigte Brutto-Stichprobe gelangten und in der Feldphase zwischen dem 14. Juni und dem 27. Juli 2024 kontaktiert wurden. Letztendlich konnten 9.083 Fälle gewonnen werden, die die Befragung vollständig beantwortet haben. Diese Fälle stellen die Grundlage für alle Auswertungen und Analysen dar (Netto-Stichprobe). Bezogen auf die kontaktierten und zur Grundgesamtheit gezählten Fälle beträgt die Rücklaufquote knapp 17 Prozent.

Um mögliche Verzerrungen in der Stichprobe zu berücksichtigen, wurden neben der Verteilung der Statusgruppen auch die Fächerverteilungen in der Stichprobe und in der Grundgesamtheit verglichen. Die Verteilung der Netto-Stichprobe auf Fach, Geschlecht und Position ist in Tabelle 1 dargestellt. Alle Analysen in diesem Kurzreport sind gewichtet, um Abweichungen zwischen Stichprobe und Population zu korrigieren und damit einhergehende Verzerrungen in den Befunden zu minimieren.

	Fälle	Prozent	Kumulierte Prozent
	Wissenschaftsbereich nach DFG-Fachsystematik		
Geisteswissenschaften	2.257	24,85	24,85
Sozial- und Verhaltenswissenschaften	2.014	22,17	47,02
Lebenswissenschaften	1.345	14,81	61,83
Naturwissenschaften	1.727	19,01	80,84
Ingenieurwissenschaften	1.608	17,70	98,55
Ohne Zuordnung	132	1,45	100
Total	9.083	100	
	Position		
Professor:in	3.623	39,89	27,62
Juniorprofessor:in	208	2,29	29,70
Akademische:r Rat/Rätin	706	7,77	36,49
Wissenschaftliche:r Mitarbeiter:in	4.251	46,80	100
- davon promoviert	2.618	61,59	
- davon nicht promoviert	1.633	38,41	
Sonstige wissenschaftliche Position	295	3,25	
Total	9.083	100	
	Geschlecht		
Männlich	5.334	61,36	61,36
Weiblich	3.258	37,48	98,84
Divers	101	1,16	100
Ohne Zuordnung	390		
Total	9.083	100	

Tabelle 1: Stichprobenstatistik

Fragebogen

Der Fragebogen ist inhaltlich in fünf Bereiche gegliedert. Das Erhebungsinstrument enthält erstens Fragen zur beruflichen Situation (Beschäftigungsposition, Fachgebiet, Befristungsstatus, Promotionsstatus, akademischer Lebenslauf) und zweitens demografische Angaben (Geschlecht, Alter, Migrationserfahrung). Drittens wurden detaillierte Fragen zur akademischen Redefreiheit in der Lehre in das Befragungskonzept aufgenommen: Thema sind die Erwartung von Einschränkungen der Lehrfreiheit, persönliche Erfahrungen mit solchen Einschränkungen sowie Erfahrungen damit im unmittelbaren akademischen Umfeld. Auch die Akteur:innen möglicher Einschränkungen wurden erhoben. Das deckungsgleiche Design wurde in einem vierten Abschnitt im Bereich der Forschung eingesetzt. Um die Haltung der Befragten zu kontroversen und widersprüchlichen Sachverhalten zu erheben, wurde in einem abschließenden fünften Bereich ein Set von Merkmalen in das Befragungsinstrument aufgenommen, das unterschiedliche Standpunkte zu wissenschaftsbezogenen Themen enthält. Außerdem wurden Szenarien aus dem wissenschaftlichen Alltag konstruiert, die geeignet sein könnten, die Unterstützung oder die Sanktionierung von Standpunkten zu ermitteln, die mit politischen Fragestellungen verbunden sind.

Grenzen unseres Vorgehens

Die Grenzen unseres Vorgehens werden zum einen durch den gewählten methodischen Zugang gezogen. Aus der Wahl einer bestimmten Methode ergeben sich immer auch entsprechende Fragen und Darstellungen des untersuchten Phänomens. So schlüsselt unser Zugang das Phänomen der akademischen Redefreiheit über die subjektiven Einschätzungen und Erfahrungen der Befragten auf. Nicht beleuchtet wird dagegen der öffentliche Diskurs über Wissenschaftsfreiheit und „Cancel Culture“. Zum anderen bewegt sich der Kurzbericht in den methodischen Grenzen der deskriptiven Statistik. Erst im geplanten längeren Bericht wird es etwa möglich sein, Kausalzusammenhänge zu bestimmen.

EINSCHÄTZUNGEN ZUM ZUSTAND DES WISSENSCHAFTSSYSTEMS

Insgesamt schätzen mit 79 Prozent fast vier von fünf Befragten den Zustand des Wissenschaftssystems im Hinblick auf Autonomie und Forschungsfreiheit als eher gut bzw. sehr gut ein (Abb. 1). Dieser hohen Zustimmung steht eine geringe Ablehnung gegenüber. Lediglich 3 Prozent der Befragten bewerten den Zustand als sehr schlecht. In absoluten Zahlen sind das auf die Grundgesamtheit bezogen allerdings etwa 4.400 Personen.

Lediglich 3 Prozent der Befragten bewerten die Autonomie und Forschungsfreiheit im Wissenschaftssystem als sehr schlecht.

Dieser Befund kann als zeitstabil angesehen werden. Sowohl in der Wissenschaftsbefragung 2019/20 als auch in der Wissenschaftsbefragung 2023 des DZHW wurde dieselbe Frage gestellt. In beiden repräsentativen Befragungen fielen die Einschätzungen ausgesprochen ähnlich aus. Nur ein geringer Anteil bewertet den Zustand explizit als sehr schlecht, knapp jeder Fünfte hingegen als sehr gut. Die größte Gruppe, nämlich 61 Prozent der Befragten, beurteilen den Zustand eher gut als schlecht.

Einschätzung von Autonomie und Freiheit im deutschen Wissenschaftssystem

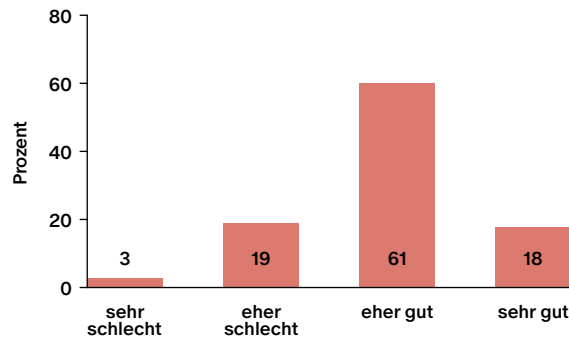


Abbildung 1:
Einschätzung des Zustandes des deutschen Wissenschaftssystems hinsichtlich Autonomie und Freiheit in Forschung und Lehre. Gewichtete Prozentanteile.

Einschätzung von Autonomie und Freiheit nach Statusgruppen

Der vergleichende Blick auf die Statusgruppen zeigt, dass Professor:innen das Wissenschaftssystem in einem besseren Zustand sehen als die Gruppe der Doktorand:innen und Postdoktorand:innen (im Folgenden einheitlich als „wissenschaftliche Mitarbeiter:innen“ bezeichnet). Während Professor:innen mit gut 86 Prozent weitestgehend zu einem (eher) positiven Urteil gelangen, liegen die zustimmenden Anteile bei wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen mit knapp 77 Prozent etwas darunter. Das liegt weniger an den sehr negativen Einschätzungen, die für alle Statusgruppen jeweils zwischen 2 und 3 Prozent ausmachen, sondern an einer „eher schlecht[en]“ Bewertung des Wissenschaftssystems, die etwa jeder:r fünfte wissenschaftliche Mitarbeiter:in vornimmt. Ein Drittel der Professor:innen bescheinigt dem Wissenschaftssystem einen sehr guten Zustand, wissenschaftliche Mitarbeiter:innen sind hier mit 16 bzw. 14 Prozent deutlich zurückhaltender.

Einschätzung von Autonomie und Freiheit nach Fächerguppen

Für die Befragung wurden die Fachgebiete der Wissenschaftler:innen erhoben. Die Kategorien orientieren sich an der DFG-Fachsystematik und unterscheiden beispielsweise die Geisteswissenschaften von den Sozial- und Verhaltenswissenschaften. Obwohl sie in der öffentlichen Diskussion nicht selten als Zentrum einer sogenannten „Cancel Culture“ identifiziert werden, kommen überdurchschnittlich kritische Urteile nicht aus den Geistes- oder Sozialwissenschaften, sondern aus der Medizin (ohne Kliniken) und dem Wissenschaftsbereich Agrar- und Forstwissenschaften und Veterinärmedizin. Hier kommen knapp drei von zehn Befragten zu einer (eher) schlechten Bewertung des Wissenschaftssystems mit Blick auf Forschungsfreiheit und Autonomie. Sie vergeben auch seltener als ihre Kolleg:innen anderer Wissenschaftsbereiche das Urteil „sehr gut“.

Einschätzung von Autonomie und Freiheit nach Geschlecht

Männer bewerten den Zustand des Wissenschaftssystems häufiger mit „sehr gut“ als Personen in der Kategorie Frauen¹ das tun (21 vs. 13 Prozent). Letztgenannte entscheiden sich etwas häufiger als ihre Kollegen für die Kategorie „eher gut“. In der Addition beider Kategorien „sehr gut“ und „eher gut“ reduziert sich die Differenz zwischen den Geschlechtern dann auf drei Prozentpunkte. Die Unterschiede lassen sich zum Teil durch die Verteilung in den Statusgruppen erklären (Frauen bekleiden bekanntlich wesentlich seltener eine Professur als Männer). Doch auch unter Berücksichtigung der Beschäftigungsposition und des Fachgebietes bewerten Frauen den Zustand der Wissenschaft etwas kritischer.

¹ Der Anteil Befragter mit der Angabe *divers* liegt insgesamt bei 1 Prozent und wird in diesem Report zusammen mit der Kategorie Frauen analysiert.

ERWARTUNGEN VON UND ERFAHRUNGEN MIT EINSCHRÄNKUNGEN AKADEMISCHER REDEFREIHEIT

Subjektiv empfundene akademische Redefreiheit in Forschung und Lehre

Um zu ermitteln, wie autonom oder eingeschränkt Wissenschaftler:innen ihre Forschungspraxis wahrnehmen, haben wir danach gefragt, wie sie die folgenden drei Aspekte einschätzen: Freiheit bei a) der Wahl von Forschungsthemen, b) der Durchführung von Forschungsprojekten und c) der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen. Eine deutliche Mehrheit der befragten Wissenschaftler:innen empfindet sich in allen drei Aspekten des Forschungsprozesses als (eher) frei. Bei der Wahl von Forschungsthemen sind dies 83 Prozent, bei der Durchführung von Forschungsprojekten 64 Prozent und bei der Veröffentlichung von Ergebnissen 80 Prozent (Abb. 2). Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass fast jede:r fünfte Wissenschaftler:in die eigene Forschungspraxis als (eher) unfrei bei den inhaltlichen Aspekten (Themenwahl 17 Prozent und Veröffentlichung 20 Prozent) und etwa jeder Dritte (eher) unfrei bei der – auch administrative Aspekte beinhaltenden – Durchführung von Forschungsprojekten einschätzt (36 Prozent). Mit Blick auf Autonomie und Einschränkungen in der Lehre haben wir danach gefragt, wie Wissenschaftler:innen ihre Freiheit bei a) der Wahl von Themen in der Lehre, b) der Auswahl von Lehrmaterialien wie Texten oder Medien und c) der Auswahl von Modulen und Lehrveranstaltungsformaten einschätzen. Je nach abgefragtem Aspekt empfindet eine (deutliche) Mehrheit der Befragten ihre Lehrpraxis als (eher) frei. Bei der Wahl von Themen in der Lehre sind dies 76 Prozent, bei der Auswahl von Lehrmaterialien 92 Prozent und bei der Auswahl von Modulen und Lehrveranstaltungsformaten 54 Prozent. Im Umkehrschluss heißt das, dass sich mit 24 Prozent ein knappes Viertel der Befragten (eher) unfrei bei der Themenwahl in der Lehre fühlt, fast jede:r Zehnte (9 Prozent) angibt, (eher) unfrei bei der Auswahl von Lehrmaterialien zu sein und sich knapp die Hälfte (46 Prozent) bei der Auswahl von Modulen und Lehrveranstaltungen eingeschränkt empfindet.

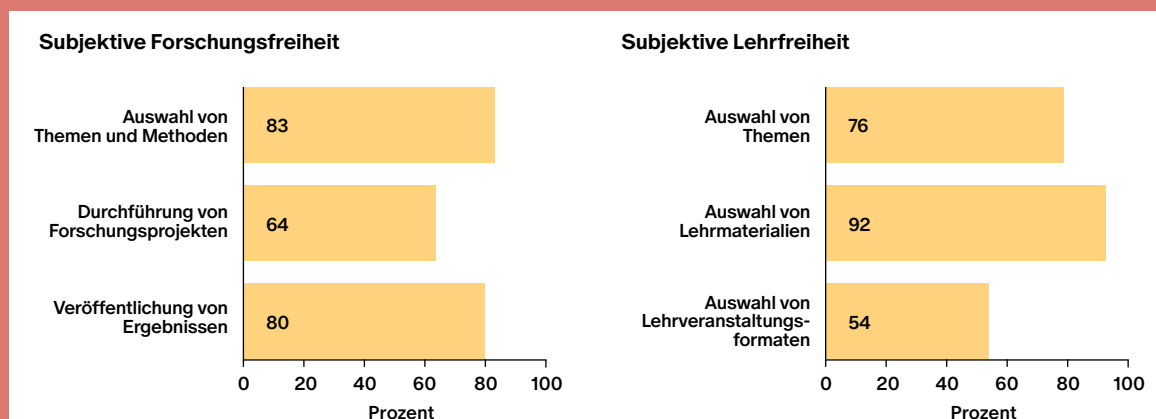


Abbildung 2:
Subjektiv empfundene Forschungs- und Lehrfreiheit. Gewichteter Prozentanteil derjenigen, die sich (eher) frei fühlen.

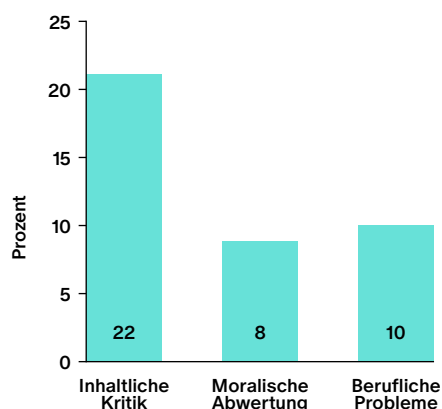
Erwartungen von Einschränkungen in Forschung und Lehre

Wissenschaftsfreiheit bedeutet nicht, dass jegliche forschungs- oder lehrbezogene Tätigkeit folgenlos bleiben muss oder kann. Es gehört selbstredend zum wissenschaftlichen Alltagsgeschäft, sich fachlicher Kritik zu stellen. Um verschiedene, sich von diesem Alltagsgeschäft graduell unterscheidende Formen der Einschränkung zu erfassen, haben wir nach die akademische Redefreiheit einschränkender a) inhaltlicher Kritik, b) moralischer Abwertung und c) beruflichen Problemen gefragt. Die Antworten geben Auskunft über die wahrscheinlichen Konsequenzen, die Wissenschaftler:innen erwarten, wenn sie frei nach ihren eigenen Vorstellungen forschen und lehren. Es entspricht der graduellen Logik dieser Ereignisse, dass vor allem Einschränkungen durch inhaltliche Kritik mehr oder weniger legitim sein können. Die hier berichteten Einschränkungen können demnach als unfair wahrgenommene Gutachten, einschüchterndes Feedback oder eine toxische Diskussionskultur nach Vorträgen umfassen. Aber auch berufliche Probleme, die wir aufgrund ihres materiellen Charakters am anderen Ende des Spektrums von Einschränkungen sehen, können mehr oder weniger angemessen und legitim sein. Entscheidend bei allen Ereignissen ist, dass die Befragten sich von ihnen in ihrer Forschungs- und Lehrfreiheit unangemessen eingeschränkt fühlen.

Mit Blick auf die Forschung spiegeln die Antworten dabei zunächst das Wesen der Wissenschaft wider. So hält es fast ein Viertel der befragten Wissenschaftler:innen für (sehr oder eher) wahrscheinlich, inhaltliche Kritik an der eigenen Forschung zu erfahren (23 Prozent, Abb. 3). Es liegt nahe, dass diese inhaltliche Kritik als unangemessene Einschränkung wahrgenommen wird. Jenseits davon äußert eine Minderheit aber auch die Erwartung moralischer Abwertung oder gar beruflicher Probleme. Fast jede:r zehnte Befragte hält es für (sehr oder eher) wahrscheinlich, für die eigene Forschung moralisch abgewertet zu werden (8 Prozent) und sich berufliche Probleme einzuhandeln (10 Prozent). Umgekehrt heißt das aber auch, dass die große Mehrzahl der Befragten weder moralische Abwertungen noch berufliche Probleme erwartet, wenn sie Forschung frei gestaltet.

In der Lehre halten die Befragten inhaltliche Kritik für weniger wahrscheinlich als in der Forschung. Es geben nur 13 Prozent an, mit inhaltlicher Kritik zu rechnen, wenn sie ihre Lehre frei nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten. Eine mögliche Interpretation wäre, dass diese Befragten hier von unangemessenen Einschränkungen ausgehen. Moralische Abwertungen aufgrund ihrer Lehre sind für 93 Prozent der Befragten (sehr oder eher) unwahrscheinlich. Für berufliche Probleme geben 94 Prozent an, diese für unwahrscheinlich zu halten. Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch, dass sechs bis sieben Prozent der befragten Wissenschaftler:innen moralische Abwertungen oder berufliche Probleme erwarten, wenn sie ihre Lehre frei gestalten.

Forschung: Erwartungen



Lehre: Erwartungen

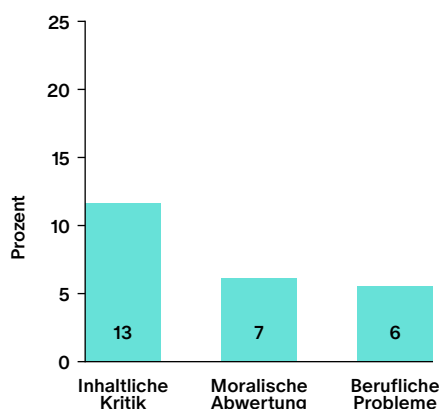


Abbildung 3:
Erwartete Konsequenzen, wenn die Forschung oder Lehre frei nach eigenen Vorstellungen gestaltet wird. Gewichteter Prozentanteil derjenigen, die die Konsequenzen für sehr oder eher wahrscheinlich halten.

Die allgemeinen Befunde zu Erwartungen möglicher Einschränkungen von Forschung und Lehre lassen sich nach Statusgruppen, Fächergruppen und Geschlecht aufschlüsseln. Wir berichten im Folgenden für jede dieser drei Gruppen zunächst die Erwartungen von Einschränkungen in der Forschung und dann in der Lehre. Dabei konzentrieren wir uns auf ausgewählte Aspekte.

Erwartungen von Einschränkungen in Forschung und Lehre nach Statusgruppen

Es zeigen sich nur wenige Unterschiede zwischen den Erwartungen, die Statusgruppen bezüglich möglicher Einschränkungen ihrer Forschungsfreiheit haben. Wenn sie ihre Forschung frei nach ihren Vorstellungen gestalten, halten zum Beispiel zwischen 7 und 8 Prozent der Professor:innen und wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen moralische Abwertungen für (sehr oder eher) wahrscheinlich. 7 Prozent der Professor:innen und 10 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen geben außerdem an, dass sie berufliche Probleme für (sehr oder eher) wahrscheinlich halten. Die Erwartung inhaltlicher Kritik in der Forschung hingegen nimmt mit zunehmender Seniorität deutlich ab (Doktorand:innen 25 Prozent, Postdoktorand:innen 20 Prozent und Professor:innen 16 Prozent).

Auch bei den Erwartungen von Einschränkungen der Lehrfreiheit zeigen sich keine ausgeprägten Unterschiede. Moralische Abwertungen erwarten 9 Prozent der Professor:innen und 6 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen. 6 Prozent der Professor:innen und 7 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen geben an, berufliche Probleme zu erwarten, wenn sie ihre Lehre frei gestalten.

Es zeigen sich nur wenige Unterschiede zwischen den Erwartungen, die Statusgruppen bezüglich möglicher Einschränkungen ihrer Forschungsfreiheit haben. Die Erwartung inhaltlicher Kritik nimmt jedoch mit zunehmender Seniorität deutlich ab.

Dass sich bei erwarteten Einschränkungen weder in der Forschung noch für weite Teile der Lehre ausgeprägte Unterschiede zeigen (ausgenommen sind hier die deutlichen Statusgruppenunterschiede in der Erwartung inhaltlicher Kritik), ist vor dem Hintergrund der unterschiedlichen beruflichen Absicherung der beiden Statusgruppen bemerkenswert. Hier stehen auf Lebenszeit verbeamtete Professor:innen einer Statusgruppe gegenüber, deren Arbeitsvertrag dem aktuellen Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs zufolge im Durchschnitt auf zwei Jahre befristet ist. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass wissenschaftliche Mitarbeiter:innen aufgrund ihrer unsicheren Beschäftigung vulnerabler sind für berufliche Probleme. Das schlägt sich aber zumindest nicht auf ihre Erwartungen nieder.

Erwartungen von Einschränkungen in Forschung und Lehre nach Fächergruppen

Erwartete Einschränkungen der Forschungsfreiheit lassen sich auch nach Fächergruppen differenzieren. Wie bei den Statusgruppen sind die Unterschiede auch hier nicht besonders ausgeprägt. Zwar ist die Erwartung inhaltlicher Kritik, die frei gestaltete Forschung in unangemessener Weise einschränkt, in den Sozial- und Verhaltenswissenschaften häufiger (31 Prozent halten sie für sehr oder eher wahrscheinlich) als in der Medizin, in den Natur- und den Ingenieurwissenschaften mit jeweils 19 Prozent. Ansonsten werden Einschränkungen über alle Fächergruppen hinweg aber eher selten für wahrscheinlich gehalten: Moralische Abwertungen halten mit 13 Prozent die Befragten in den Geisteswissenschaften und die Sozial- und Verhaltenswissenschaften mit 12 Prozent am ehesten für wahrscheinlich – am wenigsten die Natur- und Ingenieurwissenschaften mit 5 und 4 Prozent. Hinsichtlich erwarteter Einschränkungen in der Lehre lassen sich ebenfalls Unterschiede zwischen Fächergruppen erkennen. Mit moralischer Abwertung rechnen 12 Prozent der Befragten in den Agrar- und Forstwissenschaften und der Veterinärmedizin, 11 Prozent in den Geisteswissenschaften, 9 Prozent in den Sozial- und Verhaltenswissenschaften. Dem stehen knapp 4 Prozent in den Ingenieur-, den Naturwissenschaften und der Medizin gegenüber. Berufliche Probleme aufgrund ihrer Lehre erwarten 10 Prozent in den Agrar- und Forstwissenschaften und der Veterinärmedizin sowie in den Geisteswissenschaften, 8 Prozent in den Sozial- und Verhaltenswissenschaften, aber nur knapp 4 Prozent in den Ingenieurwissenschaften. Mit Blick auf Fächergruppen zeigt sich, was bereits bei den allgemeinen Einschätzungen zum Wissenschaftssystem deutlich wurde: Erwartungen moralischer Abwertung und beruflicher Probleme aufgrund frei gestalteter Forschung und Lehre sind kein spezifisch die Geistes- und Sozialwissenschaften betreffendes Phänomen.

Erwartungen von Einschränkungen in Forschung und Lehre nach Geschlecht

Mit Blick auf geschlechtsspezifische Erwartungen der Einschränkungen von Forschung zeigen unsere Daten, dass 7 Prozent der Männer und 10 Prozent der Frauen moralische Abwertungen erwarten, wenn sie ihre Forschung frei gestalten. Mit beruflichen Problemen rechnen 8 Prozent der Männer und 11 Prozent der Frauen. Inhaltliche Kritik erwarten 23 Prozent der Frauen und 22 Prozent der Männer.

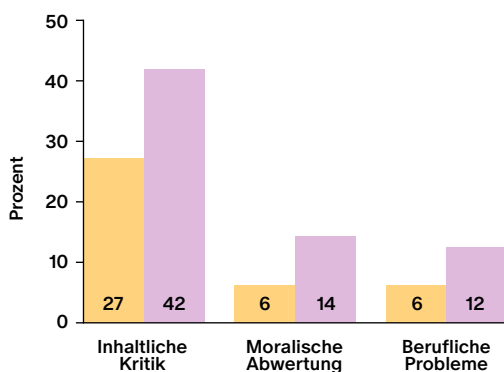
Auffallend ist, dass alle Formen der Einschränkung von Forschungsfreiheit von Frauen eher erwartet werden als von Männern.

In der Lehre erwarten jeweils 13 Prozent der Männer und Frauen inhaltliche Kritik, die für eine freie Gestaltung ihrer Lehre zu unangemessenen Einschränkungen führt. Jeweils 6 Prozent der Männer und 8 Prozent der Frauen geben an, mit moralischen Abwertungen zu rechnen. 6 Prozent der Männer und 7 Prozent der Frauen berichten, mit beruflichen Problemen zu rechnen, wenn sie ihre Lehre nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind also moderat, auffallend ist aber, dass alle Formen der Einschränkung von Forschungsfreiheit von Frauen eher erwartet werden als von Männern. Bezogen auf die Lehre sind diese Unterschiede weniger ausgeprägt.

Persönliche und indirekte Erfahrungen mit Kritik, moralischer Abwertung und beruflichen Problemen

Eine wichtige Frage ist, woher die Erwartungen negativer Konsequenzen rühren. Es ist anzunehmen, dass es sich dabei um eine Mischung aus medial und weltanschaulich beeinflussten Vorstellungen einerseits und tatsächlichen Erfahrungen andererseits handelt. Während mediale und weltanschauliche Vorstellungen nicht Gegenstand der Studie waren, wurden im Wissenschaftssystem gemachte Erfahrungen als Grundlage für Erwartungen erhoben. Dabei haben wir unterschieden zwischen persönlich erlebten Ereignissen und indirekten Erfahrungen, die Angehörigen des eigenen akademischen Umfelds zugeschrieben werden (Abb. 4).

Forschung: Erfahrung in den letzten 2 Jahren



Lehre: Erfahrung in den letzten 2 Jahren

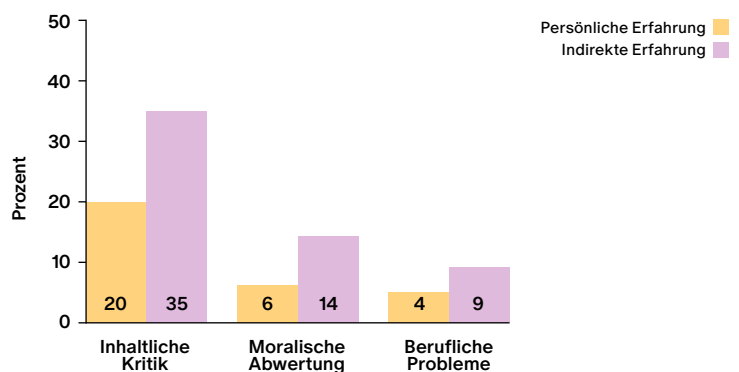


Abbildung 4: Direkte und indirekte Erfahrungen mit verschiedenen Einschränkungen der Forschungs- und Lehrfreiheit unter 9.083 befragten Wissenschaftler:innen

Nach ihren persönlichen Erfahrungen befragt, gibt gut ein Viertel der befragten Wissenschaftler:innen an, in den letzten zwei Jahren für ihre Forschungsarbeit inhaltlich kritisiert worden zu sein. Anhand der Daten kann nicht bestimmt werden, inwieweit die Befragten hier an nicht legitime Formen inhaltlicher Kritik gedacht haben, eine entsprechende Interpretation liegt aufgrund der Häufigkeiten aber nahe. Jeweils 6 Prozent berichten von Erfahrungen mit moralischer Abwertung und von beruflichen Problemen aufgrund ihrer Forschung. Diese Anteile übersetzen sich in absoluten Zahlen gesprochen und hochgerechnet auf die gesamte Population der wissenschaftlich Beschäftigten an promotionsberechtigten Hochschulen in 9.716 Betroffene in den letzten zwei Jahren.

Hinsichtlich indirekter Erfahrungen im unmittelbaren akademischen Umfeld geben 42 Prozent der Befragten an, dass Angehörige ihres Umfelds für ihre Forschungsarbeit inhaltlich kritisiert worden seien. Auch hier ist davon auszugehen, dass mit dieser Kritik unangemessene Einschränkungen in Verbindung gebracht werden. Weitere 14 Prozent berichten von moralischer Abwertung im eigenen Umfeld und 12 Prozent von Wissenschaftler:innen, deren Forschung negative berufliche Konsequenzen mit sich brachte. Bezüglich eigener Erfahrungen mit Einschränkungen in der Lehre geben 80 Prozent der befragten Wissenschaftler:innen an, in den letzten zwei Jahren nicht inhaltlich kritisiert worden zu sein. Dieser hohe Wert lässt vermuten, dass die Befragten dabei eher an Abwertungen oder Diskreditierungen gedacht haben als an legitime fachliche Kritik, welche schließlich der Kern wissenschaftlicher Arbeit ist. 94 Prozent und 96 Prozent geben an, aufgrund ihrer Lehre keine moralischen Abwertungen oder berufliche Probleme erfahren zu haben.

Das bedeutet aber auch: Für die letzten zwei Jahre berichten 7 Prozent² der Befragten von moralischer Abwertung und 4 Prozent von beruflichen Problemen aufgrund ihrer Lehre. Umgerechnet auf die gesamte Population der wissenschaftlich Beschäftigten an promotionsberechtigten Hochschulen sind das 6.477 Wissenschaftler:innen, die berichten, in den letzten zwei Jahren berufliche Probleme gehabt zu haben, weil sie ihre Lehre frei nach eigenen Vorstellungen gestaltet haben. Dass diese Probleme zum Beispiel im Rahmen disziplinarischer Maßnahmen auch juristisch berechtigt sein könnten, lässt sich anhand unserer Daten weder ausschließen noch zwingend annehmen.

Umgerechnet auf alle wissenschaftlich Beschäftigten sind es 6.477 Wissenschaftler:innen, die berichten, in den letzten zwei Jahren berufliche Probleme gehabt zu haben, weil sie ihre Lehre frei nach eigenen Vorstellungen gestaltet haben.

² Weil die Werte gerundet wurden, addieren sie sich nicht immer zu exakt 100 Prozent.

Indirekte Erfahrungen mit Einschränkungen der Lehrfreiheit im unmittelbaren akademischen Umfeld werden häufiger berichtet als Erfahrungen, die Personen selbst gemacht haben. 35 Prozent der befragten Wissenschaftler:innen geben an, dass Personen in ihrem Umfeld in den letzten zwei Jahren mindestens einmal inhaltlicher Kritik ausgesetzt waren, weil sie ihre Lehre nach eigenen Vorstellungen gestaltet hatten. Es ist davon auszugehen, dass die Befragten hier von inhaltlicher Kritik berichten, die zu als unangemessen empfundenen Einschränkungen führt. 15 Prozent berichten für ihr unmittelbares Umfeld von moralischen Abwertungen, 9 Prozent von beruflichen Problemen.

Insgesamt werden indirekte Erfahrungen im akademischen Umfeld also deutlich häufiger berichtet als eigene Erfahrungen mit Einschränkungen. Das gilt sowohl für die Forschung als auch für die Lehre. Dafür kann es verschiedene Erklärungen geben: Die unterschiedlichen Häufigkeiten könnten darin begründet sein, dass sich mehrere Befragte auf die gleichen Fälle in ihrem akademischen Umfeld beziehen. Eine andere Erklärung für die Diskrepanz wäre eine Verhaltensanpassung, bei der Befragte Erfahrungen in ihrem Umfeld wahrnehmen, daraufhin ihr eigenes Verhalten ändern und die beobachteten Erfahrungen deswegen nicht selbst machen. Nicht zuletzt können auch mediale Diskurse dazu führen, dass Erfahrungen im eigenen akademischen Umfeld eher wahrgenommen und als ‚Fall für etwas‘ wahrgenommen werden.

Erfahrungen mit Einschränkungen in der Forschungs- und Lehrfreiheit nach Statusgruppen

Zwischen den Statusgruppen der Professor:innen und der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen gibt es Unterschiede darin, ob Befragte angeben, selbst inhaltliche Kritik ihrer Forschung erfahren zu haben, die als unangemessene Einschränkung empfunden wird. 21 Prozent der Professor:innen, aber 27 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen geben an, diese Erfahrung in den letzten zwei Jahren ein- oder mehrmals gemacht zu haben. Bei Erfahrungen anderer Einschränkungen finden sich keine klaren Statusgruppenunterschiede mehr. Zum Beispiel berichten 8 Prozent der Professor:innen und 6 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen, aufgrund ihrer Forschung moralische Abwertung erfahren zu haben. Für ihr unmittelbares akademisches Umfeld berichten 32 Prozent der Professor:innen und 41 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen, dass dort in den letzten zwei Jahren inhaltliche Kritik an Forschung geübt wurde. Die Statusgruppenunterschiede für indirekt erfahrene moralische Abwertungen und berufliche Probleme sind deutlich geringer ausgeprägt.

Bezogen auf die Lehre sind die Unterschiede zwischen den Statusgruppen ebenfalls eher gering. Zum Beispiel berichten 7 Prozent der Professor:innen und 6 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen von moralischer Abwertung aufgrund ihrer Lehre, 4 Prozent der Professor:innen und 4 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen von beruflichen Problemen. Geringe Statusgruppenunterschiede bestehen auch für Erfahrungen im unmittelbaren akademischen Umfeld. Beispielsweise haben 36 Prozent der Professor:innen und 34 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen beobachtet, wie Personen aufgrund ihrer Lehre inhaltliche Kritik erfahren haben, die zu unangemessenen Einschränkungen geführt hat. Von moralischen Abwertungen im akademischen Umfeld berichten 20 Prozent der Professor:innen und 13 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen.

Insgesamt finden sich bei eigenen und bei indirekten Erfahrungen sowohl in der Forschung als auch in der Lehre eher vernachlässigbare Statusgruppenunterschiede in den Erfahrungen mit moralischer Abwertung und beruflicher Probleme. Hier zeigt sich erneut, was bereits bei den erwarteten Einschränkungen deutlich wurde: Trotz ihrer beruflich prekären Position machen wissenschaftliche Mitarbeiter:innen nicht häufiger als Professor:innen eigene Erfahrungen mit Einschränkungen in Forschung oder Lehre. Das kann entweder daran liegen, dass mit unterschiedlich ausgeprägten Handlungsspielräumen, Befugnissen und hierarchischen Positionen der Statusgruppen noch keine konkreten Einschränkungen der Forschungsfreiheit einhergehen – oder dass wissenschaftliche Mitarbeiter:innen Verhaltensanpassungen vornehmen, durch die es gar nicht erst zu Einschränkungen kommt.

Erfahrungen mit Einschränkungen in der Forschungs- und Lehrfreiheit nach Fächergruppen

Ausgeprägter als Statusgruppenunterschiede sind die Unterschiede zwischen Fächergruppen. So sind eigene und indirekte Erfahrungen mit Einschränkungen der Forschungsfreiheit durchaus fächergruppenspezifisch. Die Häufigkeit von ein- oder mehrmaligen Erfahrungen mit der Forschungsfreiheit unangemessen einschränkender inhaltlicher Kritik variiert zwischen 33 Prozent der Befragten in den Sozial- und Verhaltenswissenschaften und 21 Prozent in der Medizin. Eigene Erfahrungen mit ein- oder mehrmaliger moralischer Abwertung werden in den Agrar- und Forstwissenschaften und der Veterinärmedizin (11 Prozent), den Geisteswissenschaften (10 Prozent) und den Sozial- und Verhaltenswissenschaften (9 Prozent) häufiger berichtet als etwa in den Natur- (5 Prozent) und Ingenieurwissenschaften (4 Prozent) oder in der Medizin (3 Prozent). Erfahrungen mit beruflichen Problemen sind dagegen relativ gleichverteilt.

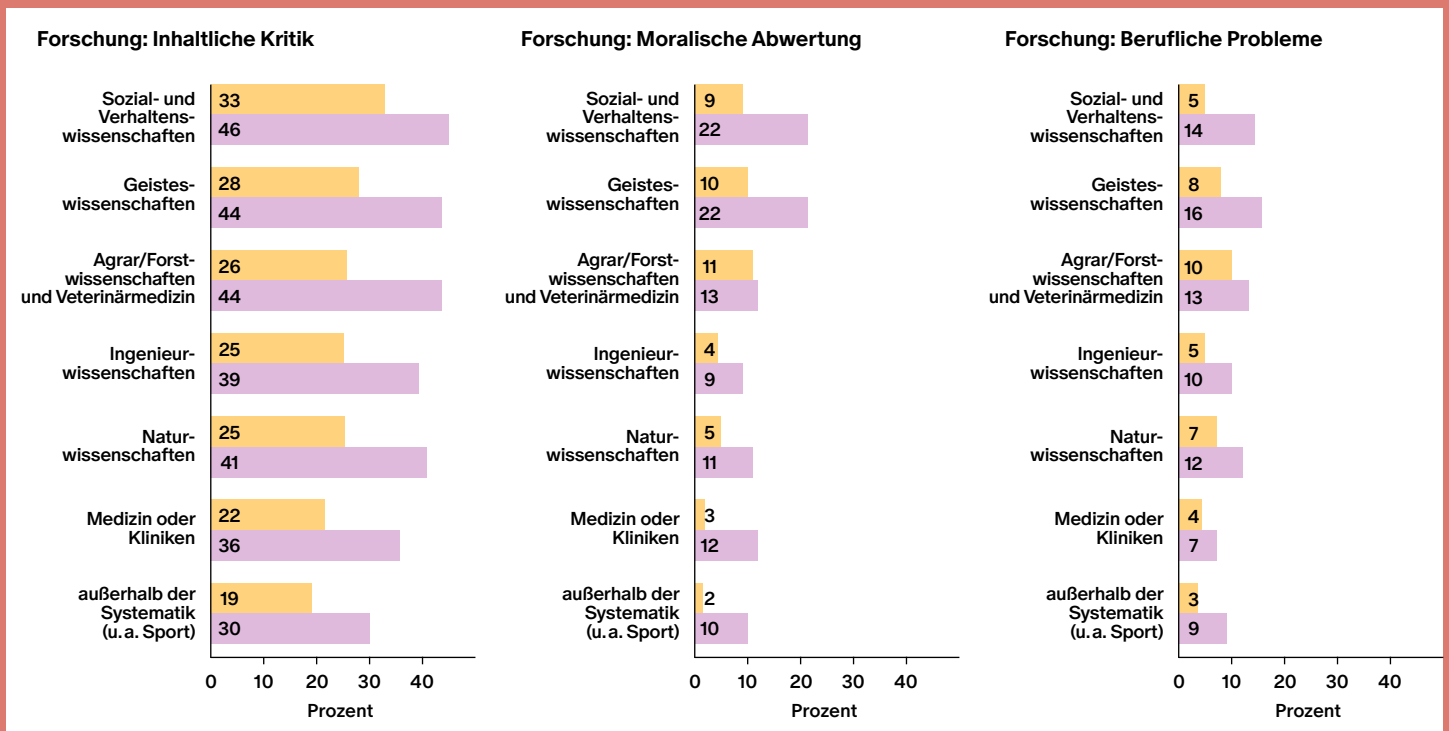


Abbildung 5: Erfahrungen mit Einschränkungen in der Forschungsfreiheit nach Fächergruppen

Persönliche Erfahrung (gelb)
Indirekte Erfahrung (lila)

Erfahrungen im unmittelbaren akademischen Umfeld mit inhaltlicher Kritik, die als Einschränkung bewertet wird, berichten 46 Prozent in den Sozial- und Verhaltenswissenschaften, 44 Prozent in den Geisteswissenschaften, 44 Prozent in den Agrar- und Forstwissenschaften und der Veterinärmedizin und 41 Prozent in den Naturwissenschaften. Ein- oder mehrmalige moralische Abwertungen im unmittelbaren akademischen Umfeld geben 22 Prozent der Befragten in den Geisteswissenschaften sowie den Sozial- und Verhaltenswissenschaften an. Dem stehen beispielsweise 13 Prozent in den Agrar- und Forstwissenschaften und der Veterinärmedizin, 11 Prozent in den Naturwissenschaften und der Medizin sowie 9 Prozent in den Ingenieurwissenschaften gegenüber. Weniger ausgeprägt sind die Differenzen zwischen Fächergruppen bei beruflichen Problemen aufgrund von Forschungstätigkeiten. Insgesamt zeigt sich sowohl für eigene als auch für indirekte Erfahrungen mit verschiedenen Einschränkungen von Forschungsfreiheit, dass diese Erfahrungen in der Regel häufiger in den Sozial- und Geisteswissenschaften gemacht werden. Das ist bemerkenswert vor dem Hintergrund, dass Einschränkungen von Befragten in diesen Fächergruppen nicht häufiger erwartet werden.

Auch in der Lehre zeigen sich Unterschiede zwischen den Fächergruppen. Nach ihren eigenen Erfahrungen befragt, gibt zum Beispiel ein knappes Viertel der Befragten in den Geistes-, Sozial- und Verhaltenswissenschaften an, in den letzten zwei Jahren Erfahrungen mit ihrer Lehrfreiheit unangemessen einschränkender inhaltlicher Kritik gemacht zu haben (24 Prozent). Dem stehen 17 Prozent in den Ingenieur-, 16 Prozent in den Naturwissenschaften sowie 11 Prozent in der Medizin gegenüber. Erfahrungen mit moralischer Abwertung aufgrund ihrer Lehre geben 9 Prozent in den Geistes-, Sozial- und Verhaltenswissenschaften an. Auch hier sind die Werte in den Ingenieurwissenschaften (4 Prozent), den Naturwissenschaften und der Medizin (je 3 Prozent) niedriger.

Für ihr unmittelbares akademisches Umfeld berichten 42 Prozent der Befragten in den Geisteswissenschaften, dass dort in den letzten zwei Jahren ein- oder mehrmals die Lehrfreiheit einschränkende inhaltliche Kritik erfahren wurde. Das geben auch 38 Prozent in den Sozial- und Verhaltenswissenschaften sowie 33 Prozent in Medizin, 32 Prozent in den Natur- und 30 Prozent in den Ingenieurwissenschaften an. Nach moralischer Abwertung gefragt, berichten 23 Prozent in den Geisteswissenschaften, 20 Prozent in den Sozial- und Verhaltenswissenschaften davon, dass diese in ihrem unmittelbaren akademischen Umfeld erfahren worden sei. Dem stehen 10 Prozent der Befragten in den Naturwissenschaften, 9 Prozent in der Medizin und 7 Prozent in den Ingenieurwissenschaften gegenüber. Etwas geringer ausgeprägt sind die Fächergruppenunterschiede bei indirekten Erfahrungen mit beruflichen Problemen aufgrund der Lehre.

Es bestätigt sich einerseits, dass Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit keineswegs spezifisch für die Geistes- und Sozialwissenschaften sind. Andererseits wird deutlich, dass entsprechende Erfahrungen in dieser Fächergruppe häufiger gemacht werden als in anderen Fächergruppen.

Insgesamt zeigt sich für selbst und indirekt erfahrene Einschränkungen in der Lehre ein sehr ähnliches Muster wie bei der Forschung: Über alle drei Aspekte hinweg geben Befragte in den Geisteswissenschaften sowie den Sozial- und Verhaltenswissenschaften etwas häufiger an, aufgrund ihrer Lehre Einschränkungen erfahren zu haben. Bis auf Erfahrungen beruflicher Probleme gilt dies auch für indirekte Erfahrungen mit Einschränkungen in der Lehre. Dieser Befund ist auch vor dem Hintergrund interessant, dass Befragte in den Geistes- und Sozialwissenschaften weder zu besonders negativen Einschätzungen hinsichtlich der Autonomie und Freiheit im Wissenschaftssystem kommen, noch besonders häufig Einschränkungen ihrer Forschungs- und Lehrfreiheit erwarten. Mit Blick auf die tatsächlich gemachten Erfahrungen bestätigt sich einerseits erneut, dass Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit keineswegs spezifisch für die Geistes- und Sozialwissenschaften sind. Andererseits wird deutlich, dass konkrete Erfahrungen in dieser Fächergruppe durchaus häufiger gemacht werden als in anderen Fächergruppen.

Erfahrungen mit Einschränkungen in der Forschungs- und Lehrfreiheit nach Geschlecht

Geringer ausgeprägt als Fächergruppenunterschiede sind geschlechtsspezifische Unterschiede in den Erfahrungen mit verschiedenen Einschränkungen von Forschungsfreiheit. Von ein- oder mehrmaligen eigenen Erfahrungen mit inhaltlicher Kritik, die als unangemessen wahrgenommenen Einschränkungen führt, berichten Männer und Frauen in gleichem Ausmaß (26 und 28 Prozent). Moralische Abwertungen mit Bezug zur eigenen Forschung haben 6 Prozent der Männer und 7 Prozent der Frauen erlebt. 5 Prozent der Männer und 7 Prozent der Frauen geben Erfahrungen beruflicher Probleme an.

Mit Blick auf Erfahrungen im unmittelbaren akademischen Umfeld werden geschlechtsspezifische Unterschiede im Bereich Forschung etwas deutlicher. Ein- oder mehrmalige Erfahrungen unangemessenen Einschränkungen durch inhaltliche Kritik geben 40 Prozent der Männer, aber 45 Prozent der Frauen an. Von moralischen Abwertungen im akademischen Umfeld berichten 13 Prozent der Männer und 17 Prozent der Frauen. In ihrem akademischen Umfeld gemachte Erfahrungen mit beruflichen Problemen geben 10 Prozent der Männer und 14 Prozent der Frauen an.

Bei den Erfahrungen mit Einschränkungen in der Lehre zeichnet sich ein ähnliches Bild. Nach auf ihre Lehre bezogenen moralischen Abwertungen gefragt, geben zum Beispiel 6 Prozent der Männer und 7 Prozent der Frauen an, diese in den letzten zwei Jahren selbst erfahren zu haben. Von beruflichen Problemen aufgrund der Lehre berichten 3 Prozent der Männer und 5 Prozent der Frauen.

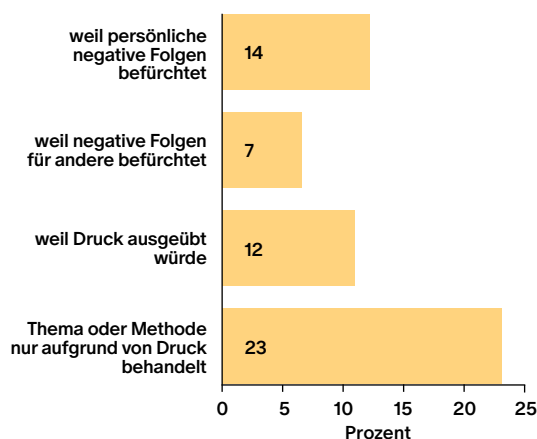
Für das eigene akademische Umfeld sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede ebenfalls eher gering. Von ein- oder mehrmaliger moralischer Abwertung berichten zum Beispiel 14 Prozent der Männer und 16 Prozent der Frauen. Berufliche Probleme im unmittelbaren Umfeld geben 8 Prozent der Männer und 10 Prozent der Frauen an.

Sowohl in der Forschung als auch in der Lehre geben für fast alle Aspekte Frauen häufiger als Männer an, eigene oder indirekte Erfahrungen mit Einschränkungen gemacht zu haben. Anders als bei den Statusgruppen weisen hier Erwartungen in die gleiche Richtung wie berichtete Erfahrungen. Dem Zusammenhang von hypothetischen Erwartungen und konkreten Erfahrungen wird im folgenden Unterkapitel systematischer nachgegangen.

Auswirkungen erwarteter oder erfahrener Einschränkungen in Forschung und Lehre

Unabhängig davon, ob Erwartungen bezüglich negativer Konsequenzen auf realen Erfahrungen basieren oder nicht, können sie das Verhalten und die Forschungs- und Lehrpraxis an deutschen Hochschulen maßgeblich prägen.

Vermeidung von Forschungsthema oder -methode



Vermeidung von Thema, Text oder Lehrmaterial

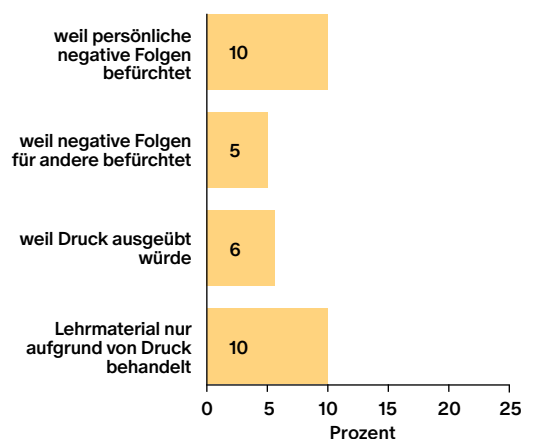
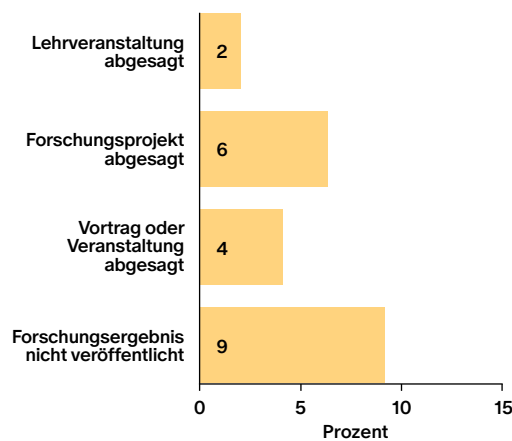


Abbildung 6: Gewichtete Prozentanteile derjenigen, die in den letzten 24 Monaten mindestens einmal bestimmte Themen oder Methoden (nicht) behandelt oder verwendet haben, weil negative Folgen befürchtet wurden oder Druck ausgeübt wurde.

Abbildung 7:
Gewichtete Prozentanteile
derjenigen, die in den letzten
24 Monaten Folgendes mindestens
einmal getan haben, weil negative
Folgen befürchtet wurden oder
Druck ausgeübt wurde.

Auswirkungen von befürchteten Folgen oder Druck



Grob jede:r siebte bis achte befragte Wissenschaftler:in gibt an, in den letzten zwei Jahren mindestens einmal aus Sorge vor persönlichen Nachteilen (14 Prozent) – oder weil tatsächlich Druck ausgeübt wurde (12 Prozent) – ein Forschungsthema nicht bearbeitet zu haben (Abb. 5). Umgekehrt geben 23 Prozent der Befragten an, bestimmte Themen und Methoden nur aufgrund von externem Druck gewählt zu haben. Aus Sorge vor negativen Folgen für andere haben 7 Prozent der Befragten Forschungsthemen und Methoden vermieden. Aus Sorge vor negativen Konsequenzen oder aufgrund von externem Druck haben außerdem 9 Prozent der Befragten bestimmte Forschungsergebnisse nicht veröffentlicht (Abb. 6). Etwa jede:r Zwanzigste hat Vorträge, Veranstaltungen oder ein geplantes Forschungsprojekt abgesagt oder abgebrochen. Diese prozentualen Anteile zeigen, dass die deutlich überwiegende Mehrheit der Wissenschaftler:innen an deutschen Hochschulen keine dieser problematischen Erfahrungen gemacht hat. In absoluten Zahlen gesprochen und von unserer Stichprobe auf die Population der wissenschaftlich Beschäftigten an promotionsberechtigten Hochschulen in Deutschland hochgerechnet heißt das, dass 16.193 Wissenschaftler:innen in den letzten zwei Jahren bestimmte Forschungsergebnisse aufgrund von Sorge oder Druck nicht veröffentlicht haben, 6.477 Wissenschaftler:innen geplante Vorträge oder Veranstaltungen und weitere 9.716 bereits geplante Forschungsprojekte abgesagt oder abgebrochen haben. Mit Blick auf die Lehre gibt die große Mehrzahl der Befragten an, noch nie auf bestimmte Themen, Texte oder Materialien verzichtet zu haben, weil negative Folgen für sich selbst (90 Prozent) oder für andere (95 Prozent) befürchtet wurden oder weil Druck ausgeübt wurde, dies zu tun (94 Prozent). Weitere 90 Prozent berichten, auch noch nie Themen, Texte oder Materialien nur deshalb in der Lehre behandelt zu haben, weil Druck ausgeübt wurde. Für 98 Prozent der Befragten ist es in den letzten zwei Jahren nicht vorgekommen, eine Lehrveranstaltung absagen oder abbrechen zu müssen, weil negative Folgen befürchtet wurden oder Druck ausgeübt wurde. Insgesamt zeigen diese Anteile, dass die Folgen erwarteter Einschränkungen in der Lehre sehr gering sind. Im Umkehrschluss ist aber auch festzuhalten, dass beispielsweise jede:r Zehnte in den letzten zwei Jahren ein- oder mehrmals seine Lehre aus Sorge vor negativen Folgen eingeschränkt oder bestimmte Themen, Texte und Materialien nur aufgrund von Druck behandelt hat.

Auswirkungen erwarteter oder erfahrener Einschränkungen nach Statusgruppen

Im Vergleich der Statusgruppen zeigt sich, dass wissenschaftliche Mitarbeiter:innen etwas häufiger als Professor:innen von den Auswirkungen erwarteter oder erfahrener Einschränkungen berichten. Das zeigt sich vor allem, wenn es darum geht, wer schon mindestens einmal Themen oder Methoden vermieden hat, weil Druck ausgeübt wurde. Das geben 12 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen, aber 5 Prozent der Professor:innen an. Ein Thema behandelt oder eine Methode mindestens einmal nur angewandt zu haben, weil Druck ausgeübt wurde, geben knapp ein Viertel der befragten wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen (23 Prozent), aber 7 Prozent der Professor:innen an. Weil negative Folgen befürchtet wurden oder Druck ausgeübt wurde, haben 6 Prozent der Professor:innen und 9 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen in den letzten zwei Jahren bestimmte Forschungsergebnisse nicht veröffentlicht. Für abgesagte oder abgebrochene Vorträge, Veranstaltungen und Forschungsprojekte gibt es keine klaren Unterschiede zwischen den Statusgruppen.

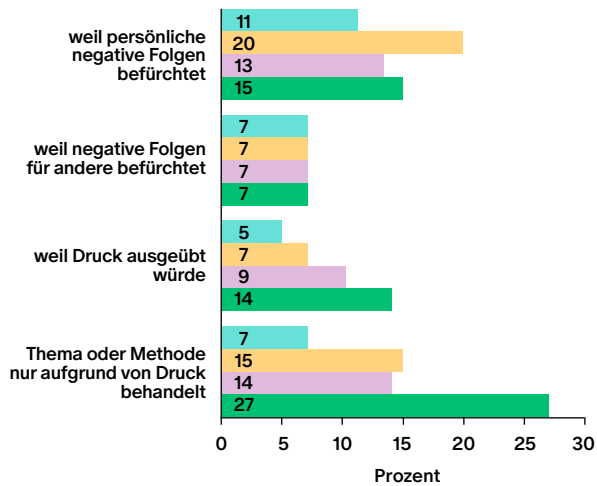
Diese Statusgruppenunterschiede deuten darauf hin, dass wissenschaftliche Mitarbeiter:innen Einschränkungen – wie oben gesehen – zwar nicht häufiger erwarten oder erfahren als Professor:innen, entsprechende Erwartungen und Erfahrungen bei ihnen aber häufiger zu Anpassungen in der Forschungspraxis führen. Diese praktischen Anpassungen würden erklären, warum wissenschaftliche Mitarbeiter:innen trotz ihrer beruflich prekären Position nicht häufiger berufliche Einschränkungen erfahren als Professor:innen. Je nachdem, um welche Einschränkungen es sich hier handelt, sind unterschiedliche Interpretationen dieses Befundes denkbar. So können Verhaltensanpassungen, die Einschränkungen antizipieren, Ausdruck der Position wissenschaftlicher Mitarbeiter:innen im hierarchischen Gefüge der Hochschule sein. Denkbar ist aber auch, dass wissenschaftliche Mitarbeiter:innen in ihrer Forschungspraxis weniger frei sind, weil sie aus karriere-strategischen Überlegungen versuchen, anschlussfähig zu sein.

Wissenschaftliche Mitarbeiter:innen erwarten und erfahren Einschränkungen nicht häufiger als Professor:innen – entsprechende Erwartungen und Erfahrungen führen bei ihnen aber häufiger zu Anpassungen in der Forschungspraxis.

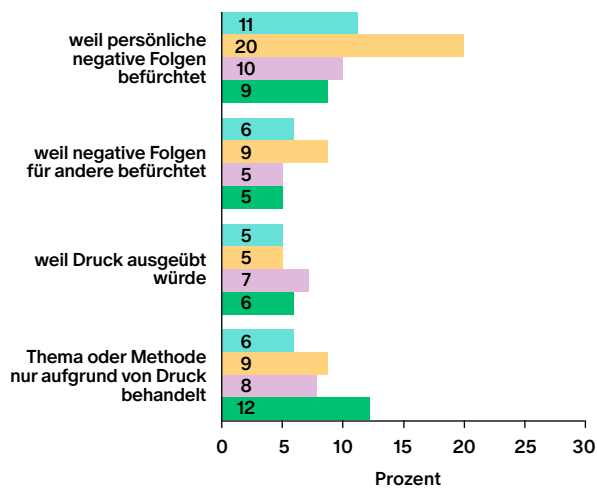
Mit Blick auf die Lehre sind die Unterschiede zwischen den Statusgruppen eher schwach ausgeprägt. Allerdings berichten 5 Prozent der Professor:innen und 11 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen, in den letzten zwei Jahren ein- oder mehrmals bestimmte Themen, Texte oder Materialien in der Lehre behandelt zu haben, weil Druck auf sie ausgeübt wurde. Insgesamt ist auffallend, dass die für die Forschung erkennbaren Statusgruppenunterschiede in den Auswirkungen antizipierter oder erfahrener Einschränkungen in der Lehre weniger eindeutig sind und hier auch nicht in allen Aspekten zulasten der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen ausfallen.

Abbildung 8:
Vermeidungsstrategien in Forschung und Lehre
nach Statusgruppen

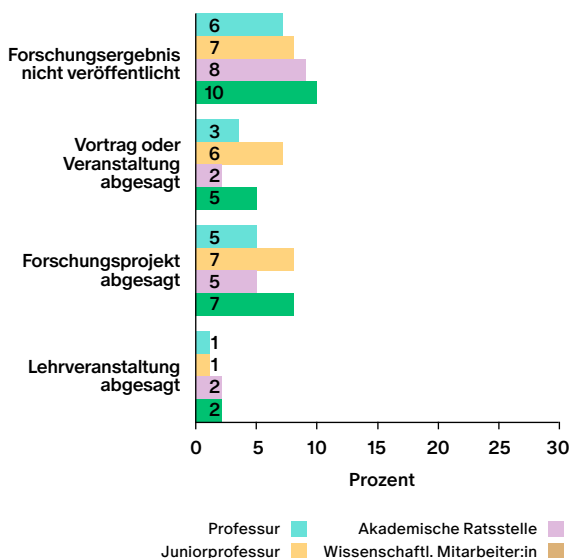
Vermeidung von Forschungsthema oder -methode



Vermeidung von Thema, Text oder Lehrmaterial



Auswirkungen von befürchteten Folgen oder Druck



Auswirkungen erwarteter oder erfahrener Einschränkungen nach Fächergruppen

Auch zwischen Fächergruppen lassen sich hinsichtlich der Auswirkungen erwarteter oder erfahrener Einschränkungen Unterschiede erkennen. Die mindestens einmalige Vermeidung von Forschungsthemen oder -methoden aufgrund befürchteter negativer Folgen für sich selbst wird in den Sozial- und Geisteswissenschaften häufiger berichtet als in anderen Fächergruppen: 20 Prozent der Befragten geben das in den Sozial- und Verhaltenswissenschaften und 19 Prozent in den Geisteswissenschaften an, aber nur 12 Prozent in den Natur- und in den Ingenieurwissenschaften sowie 10 Prozent in der Medizin. Geringer ausgeprägt sind die Fächergruppenunterschiede, wenn es um eine Vermeidung bestimmter Themen oder Methoden aufgrund befürchteter negativer Folgen für andere geht. Aufgrund von Druck haben 12 Prozent in den Sozialwissenschaften oder der Medizin und 11 Prozent in den Agrar- und Forstwissenschaften und der Veterinärmedizin dies schon einmal getan – im Vergleich zu nur 8 Prozent in den Geisteswissenschaften. Geringe Fächergruppenunterschiede bestehen auch dahingehend, ob aufgrund befürchteter negativer Folgen oder weil Druck ausgeübt wurde, Forschungsergebnisse nicht veröffentlicht, ein Fachvortrag abgesagt oder ein Forschungsprojekt abgebrochen wurde.

Deutlicher werden Differenzen zwischen Fächergruppen wieder, wenn nach der Beschäftigung mit bestimmten Themen und der Anwendung einer bestimmten Methode nur aufgrund von Druck gefragt wird. Hiervon berichten die Befragten in den Natur- und Ingenieurwissenschaften und der Medizin häufiger (26 Prozent) als in den Geisteswissenschaften (15 Prozent) und den Sozial- und Verhaltenswissenschaften (20 Prozent). Insgesamt haben erwartete oder erfahrene Einschränkungen also bei einem Viertel bzw. einem Fünftel der Befragten mindestens einmal zu Anpassungen der Forschungspraxis geführt.

Auch in der Lehre gibt es bezüglich der Auswirkungen erwarteter oder erfahrener Einschränkungen Unterschiede zwischen den Fächergruppen. Hier haben 17 Prozent der Befragten in den Geisteswissenschaften und 13 Prozent in den Sozial- und Verhaltenswissenschaften, aber nur 8 Prozent in der Medizin, 6 Prozent in den Natur- und 5 Prozent in den Ingenieurwissenschaften in den letzten zwei Jahren mindestens einmal ihre Lehre angepasst, weil sie negative Folgen für sich selbst befürchteten. Von Selbsteinschränkungen aufgrund befürchteter Folgen für andere berichtet jede:r zehnte Befragte in den Geisteswissenschaften, aber nur 6 Prozent in den Sozial- und Verhaltenswissenschaften sowie jeweils 3 Prozent in den Agrar- und Forstwissenschaften und der Veterinärmedizin sowie den Natur- und Ingenieurwissenschaften. Geringer ausgeprägt sind die Unterschiede zwischen Fächergruppen, wenn es darum geht, die eigenen Lehrinhalte aufgrund von Druck verändert oder Lehrveranstaltungen abgesagt oder abgebrochen zu haben.

Über die verschiedenen Aspekte hinweg lässt sich erkennen, dass Befragte in den Geistes- und auch in den Sozial- und Verhaltenswissenschaften etwas häufiger von Selbsteinschränkungen in der Lehre berichten. Gleichzeitig legen die Befunde nahe, dass die Auswirkungen von Einschränkungen kein auf die Sozial- und Geisteswissenschaften beschränktes Phänomen sind, wie dies der Diskurs über „Cancel Culture“ manchmal nahelegt.

Auswirkungen erwarteter oder erfahrener Einschränkungen nach Geschlecht

Geschlechtsbezogene Unterschiede mit Blick auf die Auswirkungen erwarteter oder erfahrener Einschränkungen können zunächst für die Forschung betrachtet werden. Von der Vermeidung von Themen oder Methoden aufgrund befürchteter negativer persönlicher Folgen berichten beispielsweise 12 Prozent der Männer und 18 Prozent der Frauen. Eine mindestens einmalige Vermeidung von Themen oder Methoden, weil Druck ausgeübt wurde, geben 10 Prozent der Männer und 15 Prozent der Frauen an. Aus denselben Gründen haben etwa jeder zehnte Mann und jede zehnte Frau in den letzten zwei Jahren bestimmte Forschungsergebnisse nicht veröffentlicht. Zur Bearbeitung bestimmter Themen und Verwendung bestimmter Methoden nur aufgrund von Druck ist es bei 21 Prozent der Männer und 25 Prozent der Frauen gekommen. Mit Blick auf Selbsteinschränkungen bei Themen, Texten oder Materialien in der Lehre geben 8 Prozent der Männer und 12 Prozent der Frauen an, in den letzten zwei Jahren aus Sorge vor negativen Folgen für sich selbst Anpassungen vorgenommen zu haben. 4 Prozent der Männer sowie 6 Prozent der Frauen haben das getan, weil sie negative Folgen für andere befürchteten. Als Reaktion auf ausgeübten Druck haben 8 Prozent der Männer sowie 12 Prozent der Frauen bestimmte Themen, Texte und Materialien behandelt. In den letzten zwei Jahren haben 1 Prozent der Männer und 2 Prozent der Frauen schon einmal Lehrveranstaltungen aufgrund von ausgeübtem Druck abgesagt oder abgebrochen.

Insgesamt zeigt sich mit Blick auf geschlechtsbezogene Unterschiede das bereits bekannte Muster: Auch von den Auswirkungen erwarteter oder erfahrener Einschränkungen der Forschungs- und Lehrfreiheit sind Frauen eher betroffen als Männer. Sie berichten häufiger von verschiedenen Selbsteinschränkungen und Verhaltensanpassungen.

HOCHSCHULEN ALS DISKURSRaum: GRENZEN UND REGELN AKADEMISCHER REDEFREIHEIT

Nachdem im vorangegangenen Abschnitt beleuchtet wurde, wie Wissenschaftler:innen die Freiheiten in ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit einschätzen und erfahren, wendet sich dieser Abschnitt einer komplementären Frage zu: der nach den Grenzen und Regeln der akademischen Redefreiheit aus Sicht der Befragten. Hiermit ist ein komplexes Terrain betreten, da Wissenschaftsfreiheit in Deutschland einerseits schrankenlos gewährt wird, andererseits aber Grenzen dort gegeben sind, wo andere Rechte von Verfassungsrang betroffen sind. Wissenschaft unterliegt feldspezifischen, professionellen Standards sowie institutionalisierten Formen der Qualitätskontrolle, die sie vom Meinungsaustausch unterscheiden. Auch sind ethische Aspekte der Durchführung und der Folgen wissenschaftlicher Tätigkeit zu beachten. Diese sind teilweise in wissenschaftlichen Codes of Conduct festgelegt (z. B. Forschungsethik, DFG), teilweise durch den Gesetzgeber geregelt (z. B. Tierversuche). Auch diese Standards und Normen werden inner- und außerwissenschaftlich diskutiert, gerade zur Zulässigkeit von Forschungsthemen gibt es vielfach politische Auseinandersetzungen (z. B. Stammzellenforschung).

Einschätzung von politisch kontroversen Themen in der Hochschule

In unserem Fragebogen haben wir zunächst eine Einschätzung zu Themen erbeten, zu denen es im wissenschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Diskurs unterschiedliche Haltungen gibt. Für die Abfrage haben wir die Formulierung gewählt: „These/Sachverhalt X sollte an der Hochschule erlaubt sein“ versus „These/Sachverhalt X sollte an der Hochschule nicht erlaubt sein“. Diese Abfrage zur (Un-)Zulässigkeit der Thematisierung ist sehr weitgehend, weil damit ein Urteil darüber gefällt wird, ob dem Thema überhaupt Platz im Diskursraum Hochschule eingeräumt wird. Dabei ist zu beachten, dass die abgefragten Themen sehr unterschiedlich gelagert sind. Einige bilden umgrenzte Sachverhalte, während andere eine ganze Praxis darstellen. Konkret haben Themen und Thesen Eingang gefunden, die den Status des Grundgesetzes, ethische Grenzen der Wissenschaft und ihren zivilen Auftrag betreffen. Berücksichtigt ist auch das gesellschaftliche Reizthema der gendergerechten Sprache sowie das Feld der Gender Studies (Abb. 7).

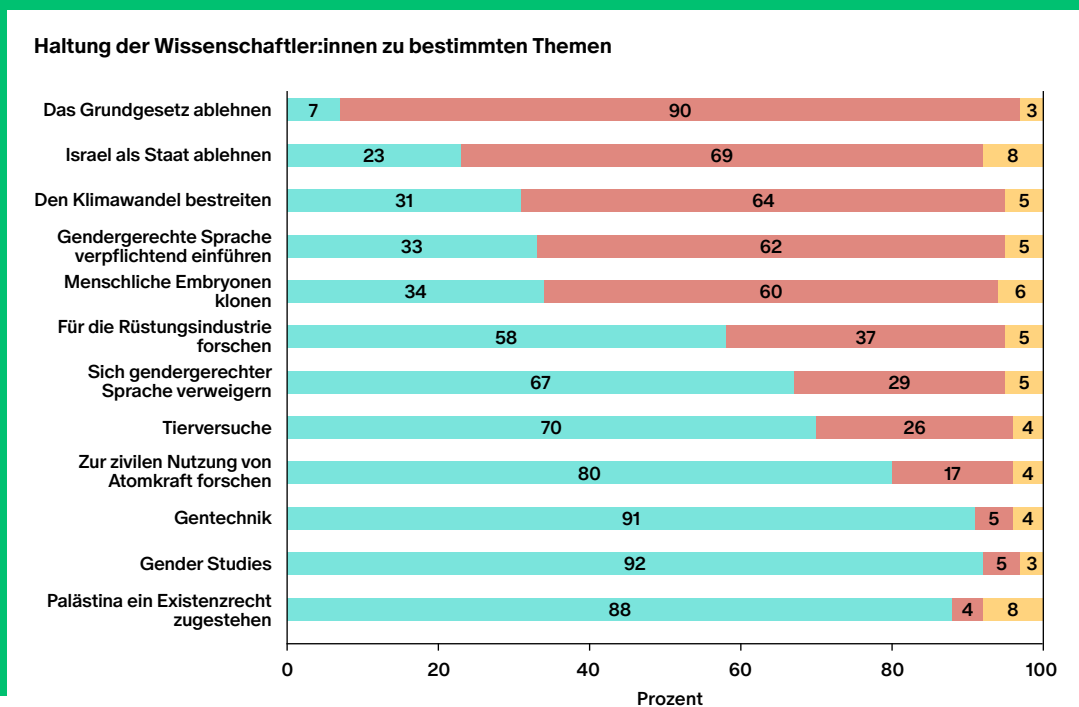


Abbildung 9:
Zustimmung, Ablehnung und Verweigerung zu verschiedenen Themen unter 9.083 befragten Wissenschaftler:innen

Sollte erlaubt sein
Sollte nicht erlaubt sein
Keine Angabe gemacht

Dass es erlaubt sein sollte, das Grundgesetz abzulehnen, finden nur 7 Prozent der Befragten. Wir verstehen diesen Wert im Zusammenhang mit der im Grundgesetz festgehaltenen Formulierung, dass die Freiheit in Forschung und Lehre nicht von der Treue zur Verfassung entbindet. Und dennoch lässt sich vermuten, dass die Zustimmung zu „Das Grundgesetz ablehnen sollte erlaubt sein“ so gemeint sein könnte, dass eine Debatte innerhalb der Hochschule zu diesem Thema nicht im Widerspruch zur Verfassungstreue gesehen wird. Anders gesagt: Wer die Ablehnung des Grundgesetzes diskutieren möchte, teilt nicht automatisch die Position, das Grundgesetz abzulehnen. An zweiter Stelle der Ablehnung steht „Israel als Staat ablehnen“ mit 70 Prozent, während die Position „Palästina ein Existenzrecht zugestehen“ von einem geringen Anteil von 4 Prozent abgelehnt wird. Bemerkenswert ist, dass es bei diesen beiden Items im Vergleich zu den anderen eine relativ hohe Anzahl von Befragten gibt, nämlich jeweils 8 Prozent, die sich nicht geäußert haben.

Bei den lebenswissenschaftlichen Themen sprechen sich 34 Prozent dafür aus, dass das Klonen menschlicher Embryonen erlaubt sein sollte. Dem stehen 60 Prozent gegenüber, die der Auffassung sind, dass dies nicht erlaubt sein sollte. Während 70 Prozent der Befragten Tierversuche für zulässig befinden, sind es bei der Gentechnik 91 Prozent. Die Bestreitung des Klimawandels halten 31 Prozent der Befragten für zulässig gegenüber 64 Prozent, die meinen, das sollte nicht erlaubt sein. Eine abschlägige Haltung äußern 37 Prozent der Befragten zur Forschung für die Rüstungsindustrie und eine überschaubare Gruppe von 17 Prozent meint, Forschung zur zivilen Nutzung von Atomkraft sollte nicht erlaubt sein.

Während 64 Prozent der Befragten angeben, die Bestreitung des Klimawandels sollte an Hochschulen nicht erlaubt sein, halten 31 Prozent dies für zulässig.

Bei den Aussagen zum Gender zeichnet sich eine hohe Kontroversität ab. Eine große Mehrheit von 62 Prozent der Befragten spricht sich gegen verpflichtende Sprachregelungen aus. Dem stehen 29 Prozent gegenüber, die der Auffassung sind, es sollte nicht erlaubt sein, sich gendergerechter Sprache zu verweigern. 5 Prozent der Befragten sprechen sich gegen das gesamte Forschungsfeld der Gender Studies aus. Auf die gesamte Population der wissenschaftlich Beschäftigten an promotionsberechtigten Hochschulen hochgerechnet und nach absoluten Zahlen entspricht dieser Anteil 8.097 Wissenschaftler:innen.

Der Umstand, dass eine Reihe der Themen im Mittelfeld liegen, deutet auf eine hohe Kontroversität unter den Meinungen der Hochschulmitglieder hin. Das ähnelt der gesamtgesellschaftlichen Debatte. Da die Hochschule allerdings ein besonderer Diskursraum ist, in dem verschiedene Positionen und Thesen in ihrem wissenschaftlichen Gehalt überprüft werden, ist die Bereitschaft zur Auseinandersetzung zentral – gerade wenn es um die Positionen geht, die sich von der eigenen unterscheiden. Auf dieser Grundlage hat uns interessiert, wie die Befragten auf politisch umstrittene Fälle reagieren, wenn diese konkret an ihrer Hochschule auftreten würden. Ein konkreter Fallbezug ermöglicht auch zu ermitteln, inwiefern die von uns erfragte allgemeine Haltung auch in einer Befürwortung von Handlungsoptionen zur Begrenzung, Sicherstellung etc. des Diskursraums Hochschule münden würde.

Umgang mit umstrittenen Vorträgen an der Hochschule

Für die Befragung wurden verschiedene Szenarien konstruiert, wie sie entweder schon an Hochschulen vorgekommen sind oder vorkommen könnten. In allen Fällen überlagern sich wissenschaftliche Fragestellungen mit politischen Positionen. Für die Abfrage wurde ein Szenario jeweils in zwei entgegengesetzte Ausrichtungen gebracht. Beispielsweise vertritt in einer Ausrichtung eine vortragende Professorin die Position der biologisch determinierten Zweigeschlechtlichkeit, während in einer anderen Ausrichtung des gleichen Szenarios eine Professorin Geschlecht als Sache der subjektiven Gestaltung betrachtet.

Im Folgenden gehen wir auf drei der entgegengesetzten Vortragsszenarien genauer ein. Neben dem bereits angeführten Szenario mit Geschlechterbezug haben wir den Fall einer zum Vortrag eingeladenen Professorin entworfen, die in einem Gutachten entweder die Intensivierung der Forschung zur Atomtechnologie fordert oder – in der entgegengesetzten Ausrichtung des Szenarios – für deren Verbot votiert. In einem weiteren Vortragsszenario wird der Fall einer Professorin dargelegt, die in einem wissenschaftlichen Artikel die These aufstellt, dass sich Unterschiede in den Kriminalitätsraten verschiedener Einwanderergruppen primär auf rassistische Diskriminierung durch die deutsche Mehrheitsgesellschaft zurückführen lassen. In der anderen Ausrichtung des gleichen Szenarios vertritt eine Professorin die These, dass sich Unterschiede in den Kriminalitätsraten verschiedener Einwanderergruppen primär auf die Kultur in ihren Herkunftsländern zurückführen lassen.

Allen Szenarien ist gemein, dass an der Hochschule Protest gegen den Vortrag bzw. die Vortragende angekündigt wurde. Die Befragten waren gebeten, sich dazu zu äußern, welches Vorgehen sie nach Ankündigung des Protests für angemessen befänden. Die Antwortmöglichkeiten umfassten unterschiedliche Formen der Hochschule, sich zu dem umstrittenen Ereignis zu verhalten. Das Spektrum reicht von einem Nicht-Eingreifen („nichts tun“), über die Absicherung der Vortragsveranstaltung, das Zulassen des Protests, die Bitte um Kuratierung (mit einer zusätzlichen Darstellung der Gegenposition) bis zur Unterbindung („ausladen“).

Mit Zustimmungswerten zwischen 2 und 3 Prozent über die drei Szenarien hinweg spricht sich nur ein sehr geringer Anteil dafür aus, dass die Hochschule nichts tun sollte – unabhängig davon, welche Ausrichtung des jeweiligen Szenarios man jeweils betrachtet. Dies lässt sich als klares Votum für die Aufgabe von Hochschulen verstehen, sich mit den politisch aufgeladenen Fällen nicht nur zu befassen, sondern auch dazu zu agieren.

Für die Antwortoption „nichts tun“ sind Gruppenabweichungen festzustellen. Es gibt also Unterschiede in der Zuschreibung von Verantwortung an die eigene Hochschule, bei Streitfällen aktiv zu werden – wenn auch geringfügige. So sprechen sich 4 Prozent der Professor:innen gegenüber 3 Prozent der Postdoktorand:innen und 2 Prozent der Doktorand:innen dafür aus, dass die Hochschule nichts tun sollte. Mit 3 Prozent sprechen sich Männer doppelt so oft für ein Nicht-Eingreifen aus wie Frauen. Zwischen den Fächergruppen gibt es keine nennenswerten Unterschiede.

Dass es bei den befragten Wissenschaftler:innen ein Bekenntnis zur Hochschule als Diskursraum gibt, in dem auch strittige Themen verhandelt werden können, lässt sich an den geringen Zustimmungswerten ablesen, die die Handlungsoption „Vortrag absagen“ erhalten hat (Tabelle 2).

Streitfall	Zustimmungswerte „Vortrag absagen“
Professorin, die Verbot der gesamten Nuklearforschung fordert	0,7 %
Professorin, die Intensivierung und Förderung der Nuklearforschung fordert	0,5 %
Professorin, die Unterschiede in den Kriminalitätsraten verschiedener Einwanderergruppen primär auf rassistische Diskriminierung zurückführt	2,7 %
Professorin, die Unterschiede in den Kriminalitätsraten verschiedener Einwanderergruppen primär auf die Kultur in ihren Herkunftsländern zurückführt	9,9 %
Professorin, die Geschlechterbinarität und dessen biologische Determiniertheit vertritt	4,7 %
Professorin, die Entscheidbarkeit und Gestaltbarkeit von Geschlecht vertritt	0,4 %

Tabelle 2:
Zustimmungswerte für
„Vortrag absagen“ für die drei
Vortragsszenarien in ihren
politisch kontroversen Varianten

Für die Thematik der Nuklearforschung liegt der Wert für beide Positionen – pro oder contra – unter 1 Prozent. Anders verhält es sich im Vortragsszenario zum Thema „Kriminalität bei Einwanderergruppen“. Während sich knapp 3 Prozent der Befragten für eine Ausladung der vortragenden Person ausspricht, die Kriminalitätsraten von Einwanderergruppen auf eine rassistische Diskriminierung durch die deutsche Mehrheitsgesellschaft zurückführt, votieren knapp 10 Prozent für die Ausladung der vortragenden Person mit der These, Kriminalitätsraten von Einwanderergruppen würden sich auf die Kultur in deren Herkunftsländern zurückführen lassen. Für das Vortragsszenario zum Geschlechterthema zeigt sich eine Zustimmung zur Option „Vortrag absagen“ von nahezu 0 Prozent für die Position, dass „die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht von einer Person selbst entschieden und gestaltet werden kann“ – gegenüber knapp 5 Prozent der Befragten, die den Vortrag zur „biologisch determinierten Geschlechterbinarität“ absagen würden. Die höheren Werte bei zwei der Vortragsszenarien verweisen auf Grenzlinien, die die Befragten für Positionen ziehen, die im Diskursraum Hochschule legitimerweise zu vertreten sind.

Bei Vortragsszenarien zu politisch umstrittenen Themen fordern zwischen 0 und 10 Prozent der Befragten die Absage des Vortrags seitens der Hochschule.

Was ist ein angemessener Umgang mit politisch umstrittenen Vorträgen an Hochschulen?

Dass sich nur ein sehr geringer Anteil gegen eine Durchführung der Vorträge in ihren jeweils opponierenden Ausrichtungen ausspricht, lässt sich als starkes Votum für den Diskursraum Hochschule auffassen. Damit ist allerdings noch nichts darüber ausgesagt, wie der weitere Umgang in der Hochschule mit dem Streitfall ausfällt. Wir stellen bei unserer Befragung sehr hohe Zustimmungswerte für die Handlungsoption fest, die Hochschule solle die ungestörte Durchführung der jeweiligen Veranstaltung sicherstellen (Tabelle 3). Wir interpretieren dies als hohe Akzeptanz für wissenschaftliche Kontroversität wie auch für die Auseinandersetzung mit Grenzbereichen politisch umstrittener Themen. Dass es umgekehrt zwischen 14 Prozent und 37 Prozent der Befragten nicht für angezeigt halten, die ungestörte Durchführung der Veranstaltung sicherzustellen, impliziert indes, dass diese Befragten die direkte Konfrontation mit Protestierenden und die Möglichkeit von Störungen und Abbruch der Veranstaltung akzeptieren würden. Dies sind Zahlen, die Beachtung verdienen – unabhängig davon, ob die Befragten womöglich andere Akteure als die Hochschule für die Sicherstellung in Verantwortung sehen. Es sprechen sich große Mehrheiten dafür aus, Proteste gegen die angekündigte Veranstaltung zuzulassen. In den drei Vortragsszenarien stimmen über die jeweiligen opponierenden Ausrichtungen hinweg zwischen 65 Prozent und 77 Prozent dieser Option zu. Die Werte für die Option, dass die Hochschule die Verantwortlichen bitten sollte, einen Vortrag mit einer konkurrierenden Position vorzusehen, bewegen sich um 50 Prozent, genauer zwischen 34 Prozent und 57 Prozent.

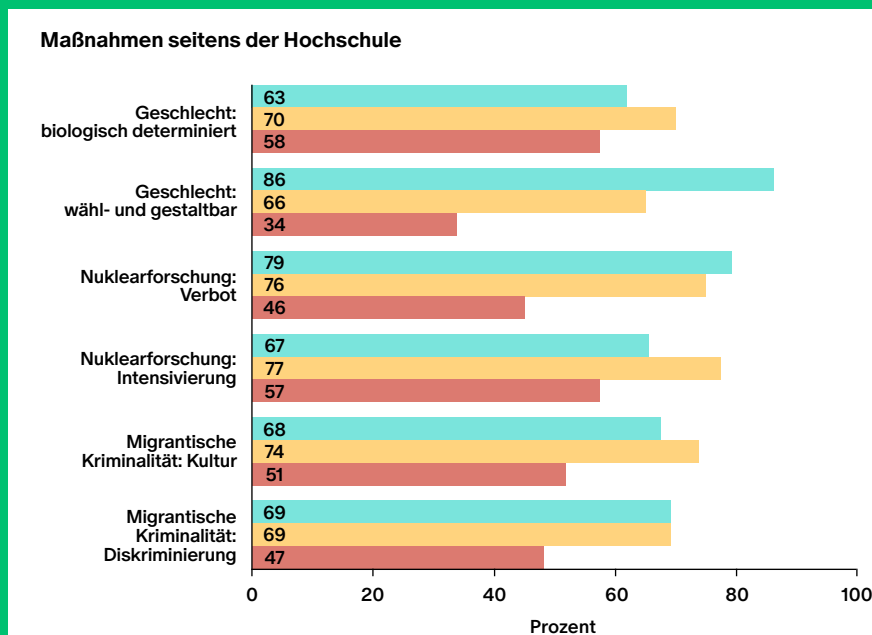


Abbildung 10:
Gewichtete Zustimmungswerte in Prozent für verschiedene Maßnahmen seitens der Hochschule unter 9.083 befragten Wissenschaftler:innen.

Durchführung sicherstellen ■
 Protest zulassen ■
 Kurtieren: gegenteilige Position ■

Die Verteilung von unterschiedlichen Handlungsoptionen kann als Indiz gelesen werden, dass sich die Vorstellungen von Kritikfähigkeit und Streitbarkeit in der Hochschule bei den Befragten unterscheiden. Ungefähr ein Viertel der Befragten hat der Option „Protest zulassen“ nicht zugestimmt. Eine Erklärung könnte sein, dass diese Gruppe die Praxis des Protests als verzichtbar ansieht, weil diese keinen inhaltlichen Beitrag zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung leistet. Möglich ist auch, dass Protest für den hochschulischen Regelbetrieb als störend interpretiert wird oder dass Protest als Teil einer explizit politischen Praxis verstanden wird, die von der akademischen Welt abgegrenzt werden sollte.

Einen weiteren Unterschied hinsichtlich der akademischen Kultur des Streits entnehmen wir der geteilten Haltung zu dem Vorschlag, die Organisationsverantwortlichen um Kuratierung zu bitten. Dabei ist zunächst darauf hinzuweisen, dass wir bei der Option der Kuratierung zwar lediglich die „Bitte“, nicht die Aufforderung oder gar Anweisung der Erweiterung um die Gegenposition vorgesehen haben, dies aber je nach Verortung in der Hierarchie der Organisation als verbindlich angesehen werden kann. Dass im Mittel jede zweite Person einem solchen Vorschlag der Programmergänzung zustimmt, verweist auf gegenteilige Auffassungen akademischer Redefreiheit. Die Autonomie zur Durchführung einer wissenschaftlichen Veranstaltung, also wer in welchen Konstellationen auftritt, stellt einen wichtigen Aspekt akademischer Redefreiheit dar. Dem steht die Auffassung gegenüber, dass im Falle politisch umstrittener Positionen eine wissenschaftliche Befassung auf Ausgewogenheit und die Darstellung von Gegenpositionen achten würde.

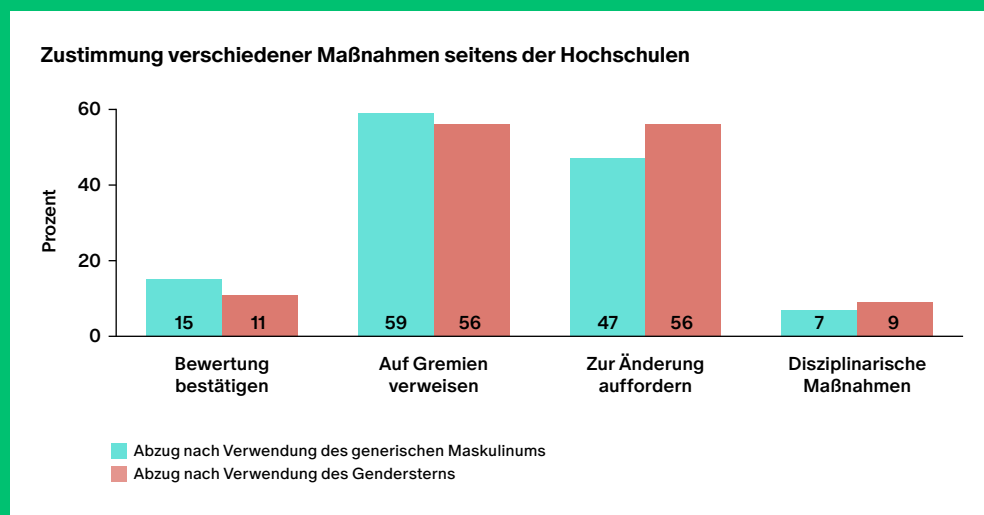
Umgang mit unterschiedlichen Gender-Schreibweisen in der Lehre

Unsere Befragung enthält auch ein Szenario, das die Regeln und Grenzen akademischer Redefreiheit in der Lehre sondiert. Es bezieht sich auf das Thema gendersensibler Formulierungen als Bewertungskriterium in einer Prüfungsleistung. Damit wird eine Debatte aufgegriffen, die in den vergangenen Jahren sehr viel öffentliche Aufmerksamkeit erhalten und auch die Erstellung von Rechtsgutachten nach sich gezogen hat. In diesem Jahr haben zwei Bundesländer – Hessen und Bayern – auf dem Wege der Verordnung für den Verwaltungsschriftverkehr Verbote für Gendern mit Sonderzeichen erlassen.

Die Befragten wurden nach dem Umgang mit der fiktiven Beschwerde eines Studenten gefragt. In der einen Ausrichtung des Szenarios hat er für die Nutzung des generischen Maskulinums Punktabzug erhalten und in der anderen Ausrichtung für die Nutzung des Gendersterns. Die Antwortoptionen sahen jeweils vor: Die Hochschule sollte a) nichts tun, b) die Bewertung mit Verweis auf die Lehrfreiheit bestätigen, c) auf die für die Bearbeitung des Anliegens zuständigen Gremien in der Hochschule verweisen, d) den Dozenten zur Änderung der Bewertung der Klausur auffordern, e) disziplinarische Maßnahmen gegen den Dozenten einleiten (Abb. 8).

Die Handlungsoption „nichts tun“ hat nur minimale Zustimmungswerte (bis 2 Prozent) erhalten. Das Vorliegen einer Beschwerde, so unsere Interpretation der geringen Zustimmungswerte, muss für fast alle Befragten zu einer Bearbeitung in der Hochschule führen. Die von uns befragten Hochschulmitglieder verweisen die Beschwerde mehrheitlich an die zuständigen Gremien; es sind aber in beiden Ausrichtungen des Szenarios auch 47 Prozent bzw. 56 Prozent, die sich wünschen, dass die Hochschule vom Dozenten eine Änderung der Bewertung fordert. Das verdeutlicht, dass die Nutzung von vergeschlechtlichter Sprache bzw. des generischen Maskulinum für diese Gruppe kein Bewertungskriterium darstellen sollte. Für das Lehr-Szenario fallen die Zustimmungswerte je nach Personengruppen für die verschiedenen Handlungsoptionen unterschiedlich aus. Im Gesamtreport werden Unterschiede nach beispielsweise politischer Orientierung und Statusgruppe genauer beleuchtet.

Abbildung 11:
Zustimmung verschiedener Maßnahmen seitens der Hochschule in den Szenarien Punktabzug in der Klausur bei Verwendung des generischen Maskulinums bzw. Gendersterns



Vergleichen wir die beiden Optionen, mit denen zum Fall selbst Stellung genommen wird – Bestätigung der Bewertung vs. Aufforderung zur Änderung der Bewertung –, so ist zu erkennen, dass in beiden Ausrichtungen des Szenarios die Forderung einer Änderung gegenüber der Bestätigung um ein Mehrfaches überwiegt. Dabei liegt die Option „Bewertung bestätigen unter Verweis auf die Lehrfreiheit“ um 4 Prozentpunkte höher für den Punkteabzug nach Nutzung des generischen Maskulinums als bei der Variante Punkteabzug nach Nutzung des Gendersterns. Während sich 56 Prozent für die Option „zur Änderung auffordern“ bei Punkteabzug nach Nutzung des Gendersterns aussprechen, ist dies beim Punkteabzug nach generischem Maskulinum für 47 Prozent der Fall.

Ein geringer Anteil der Befragten befürwortet das Ergreifen disziplinarischer Maßnahmen: Es sind 7 Prozent bei der Variante „Punkteabzug nach Nutzung des generischen Maskulinums“ und 9 Prozent bei der Variante „Punkteabzug nach Nutzung des Gendersterns“. Insgesamt stellen wir auch bei diesem Szenario fest, dass die Befragten sich nicht nur unterschiedlich zum Gegenstand positionieren, sondern dass sie auch verschiedene Zuständigkeiten ausmachen (die Hochschulleitung selbst oder die Gremien). Beim Thema gendersensibler Sprache bzw. dem so genannten ‚Gendern‘ gibt es unterschiedliche Haltungen und Entschiedenheiten in der Sache. Diese stehen unter Umständen in einer gewissen Spannung zu kommunikativen Gepflogenheiten an Hochschulen. Daraus ergeben sich bisweilen Konflikte, die auch weit über die Hochschulen hinaus die Gemüter erregen.

FAZIT

Für eine differenzierte Betrachtung akademischer Redefreiheit

In der Gesamtschau macht unsere repräsentative Befragung zwei Dinge deutlich: Einerseits sind Einschränkungen der akademischen Redefreiheit kein flächendeckendes Phänomen an deutschen Hochschulen. Die große Mehrheit der Wissenschaftler:innen erwartet keine Einschränkungen in ihrer Forschungs- und Lehrpraxis, hat diese auch noch nicht erfahren und kommt demzufolge wenig überraschend zu einer positiven Einschätzung der Autonomie und Freiheit im deutschen Wissenschaftssystem. Andererseits zeigt unsere Studie auch, dass erfahrene bzw. selbst vorgenommene Einschränkungen der akademischen Redefreiheit nicht nur auf Einzelfälle beschränkt sind. Sicherlich ist mehr Forschung sinnvoll, um z. B. Ausmaß oder Dynamik dieser Phänomene genauer zu untersuchen.

Unsere Befunde zeigen außerdem, wie vielschichtig und komplex Einschränkungen akademischer Redefreiheit sind. Sie reichen von als unangemessen wahrgenommener inhaltlicher Kritik zu moralischer Diskreditierung bis hin zu beruflichen Problemen. Diese Einschränkungen können nicht nur erwartet werden oder bereits erfahren worden sein, sie können auch Auswirkungen auf die konkrete Forschungs- und Lehrpraxis haben. Nicht zuletzt wird deutlich, dass Einschränkungen akademischer Redefreiheit auf der einen Seite über alle Gruppen hinweg berichtet werden, auf der anderen Seite je nach Status- und Fächergruppe sowie Geschlecht teils deutliche Unterschiede aufweisen.

Die Grenzen der Redefreiheit im Diskursraum Hochschule werden unterschiedlich gezogen

Die Befunde zu politisch umstrittenen Themenstellungen im Diskursraum Hochschule zeigen, dass diese in unterschiedlichem Maße als kontrovers gesehen werden. Es gibt wenig Kontroversität hinsichtlich der grundlegenden Rolle des Grundgesetzes. Anders verhält es sich bei Themen, zu denen es ethische und gesellschaftliche Debatten gibt (darunter Embryonenforschung und Klimawandel, aber auch Fragen von Geschlecht). Die Grenzen dessen, was legitimerweise einen Platz im Diskursraum Hochschule erhalten sollte, werden von den Befragten unterschiedlich gezogen. Bei den von uns konstruierten Fallszenarien stellen wir zudem fest, dass nicht nur Uneinigkeit über die Grenzen besteht, sondern auch darüber, welche Reaktionen der Hochschule auf Streitfälle mit politischer Qualität für angemessen gehalten werden. Obgleich unsere Daten insgesamt ein starkes Bekenntnis zu einer streitbaren und kritikfähigen Hochschule belegen, scheint eine Verständigung über die Offenheit des Diskursraums Hochschule und die Bereitschaft, sich von anderen Positionen herausfordern zu lassen, angebracht.

Ausblick auf einen erweiterten Report

Für diesen Kurzreport haben wir uns auf die Erwartungen und Erfahrungen von Einschränkungen der akademischen Redefreiheit und auf die Haltung zu politisch umstrittenen Themen im Diskursraum Hochschule fokussiert. In einem geplanten erweiterten Report sollen weitere Daten zur Darstellung kommen, die wir aus Platzgründen in diesem Kurzbericht nicht berücksichtigen konnten. Die begonnene statistische Auswertung wird fortgesetzt werden und unter anderem die Kategorie „politische Orientierung von Hochschulmitgliedern“ und wichtige Themen, wie z. B. die Zivilklausel und den Nahost-Konflikt, berücksichtigen. Die dabei ermittelten Ergebnisse sollen eine noch breitere Grundlage für einen empirisch fundierten Austausch zur Lage der akademischen Redefreiheit an deutschen Hochschulen bereitstellen.